Freie Wähler Roßtal e.V. Februar 2020

sachbezogen · unabhängig · bürgernah

Freie Wähler Roßtal - aktuell

Herbert Schreiber

Bürgermeisterkandidat

WIR PACKEN´S AN - HIER UND JETZT

Lösungsorientiert - Kompetent - Nachhaltig

Kommunalwahl 2020

15. März 2020

FREIE WÄHLER

Bayerns starke Mitte.
Die Kommunalpolitiker.

V.i.S.d.P.: Freie Wähler Roßtal e.V.

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Walter Zägelein, Schlehenweg 1, 90574 Roßtal

Redaktionsteam: Herbert Schreiber, Pierre Lang, Eber Urzeda dos Santos, Fabienne Lang, Jörg Dürrbeck, Renate Kleindl, Birgit Bachmann, Michaela Genzel, Melanie Werthner, Klaus Grieninger, Hartmut Igel, Prof. Dr. Walter Zägelein

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir stehen nun kurz vor der Kommunalwahl im März 2020. In dieser Ausgabe des *"Freie Wähler Roßtal – aktuell"* möchte ich Ihnen meine Gedanken zur allgemeinen Politik und natürlich auch zu meinen Zielen und Visionen für die Marktgemeinde Roßtal darlegen.

Zuerst ein paar Gedanken zur allgemeinen politischen Lage und die Situation der Bundespolitik im Allgemeinen.

Persönliche Gedanken zur Bundespolitik

Wie Sie alle wissen, war das letzte Jahr geprägt von einem Aufstand der Jugend. "Fridays for Future" war der Slogan mit dem Greta Thunberg aus Schweden die Jugend mobilisierte und zu Demonstrationen am Freitag aufgerufen hat. Dieser Hype schwappte von Schweden über Deutschland und war schon bald ein Weltereignis. Der Ansatz ist auf jeden Fall nicht verkehrt, wenn uns die Jugend ein Versagen hinsichtlich der Umweltpolitik vorwirft und endlich Taten statt Worte verlangt. Das ist leider die Wahrheit. Wenn sich hier etwas zum Guten ändern soll, dann muss die Politik und zwar die internationale Politik schleunigst tätig werden.

Wenn man nun diese Aktion genauer betrachtet, stellt man sehr schnell fest, dass außer einem immensen Medienspektakel, vielen Ehrungen von Greta Thunberg nicht viel mehr übriggeblieben ist. Es gibt keine konkreten Aktionen der Weltjugend um das Klima nachhaltig zu verbessern und auch auf den politischen Ebenen hat sich weltweit nichts verändert.

Gerade wir in Deutschland als hochtechnisiertes Land müssen unbedingt voran gehen. Wir können das nicht von Entwicklungs- oder Schwellenländern erwarten. Deren Blick ist auf unsere technischen Möglichkeiten gerichtet und sie würden diese, wenn verfügbar, auch gerne in ihrem Bereich anwenden wollen. Wir müssen auch ein Zeichen setzen, damit sich das Konsumverhalten generell ändert und die Wegwerfpolitik der Industrie gestoppt wird.

Ein weiterer Gedanke ist die Tatsache, dass diese Aktionen von Jugendlichen durchgeführt wurden, die noch gar nicht wählen dürfen. Das heißt sie konnten noch gar nicht mit ihrem Wahlverhalten die Politik bestimmen. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber, dass eigentlich wir Erwachsenen auf die Straße gehen müssten, da wir mit unserer Wahl die politische Ausrichtung definiert haben.

Ok, wir haben gewählt im Glauben, dass unsere Politiker sich auch für unsere Belange einsetzen und

Wahlversprechen einhalten. Da kommen wir schon zu einem anderen Umstand den die Politik in Berlin betrifft.

Eigentlich wählen wir Abgeordnete, die dann teilweise Ministerposten begleiten, um sich für uns einzusetzen und das Wohl für Deutschland in die Hand zu nehmen. Leider ist dies nicht immer so.

In Berlin gibt es mehr als 2000 Verbände (gelistet bei Bundestag.de/lobbylisteaktuell-data.pdf), die sich um unsere Politiker bemühen und für die richtige Gesinnung und Abstimmung sorgen. Damit der Kontakt so einfach wie möglich stattfinden kann, haben 778 Interessenvertreterinnen und -vertreter derzeit einen weitgehend unbegrenzten Zugang zum Bundestag – zu den Abgeordnetenbüros genauso wie zu den Fraktionsräumen und dem Bundestagsrestaurant.

Es ist also nicht wirklich verwunderlich, dass unsere gewählten Abgeordneten nicht unbedingt unser Wohl, sondern eher das Wohl der Industrie oder anderer Verbände im Auge haben.

Nun glaubt man als Wählerin oder Wähler natürlich, dass unsere Minister und Ministerinnen sich mit den Themen auseinandersetzen, in Gremien diskutieren und dann zu einer objektiven und sinnvollen Entscheidung kommen. Leider stimmt das auch nicht ganz so. Denn obwohl unsere Minister mehr als 100 Mio. € Gehalt beziehen, geben diese noch einmal mehr als 700 Mio. € für Beraterfirmen und -verträge aus. Leider handelt es sich hierbei natürlich um Firmen aus der freien Marktwirtschaft und somit ist eine Objektivität sehr fragwürdig.

Es gibt noch sehr viele andere Themen die im Moment nicht dem entsprechen was wir als mündige Bürger von einer Bundespolitik erwarten. Wir wollen uns jetzt aber der Marktgemeinde Roßtal zuwenden und aufzeigen welche Ziele wir als Freie Wähler Roßtal und ich als Bürgermeisterkandidat verfolgen.

Meine Ziele und Visionen als Bürgermeisterkandidat der Freien Wähler Roßtal

Ungeachtet über welchen Bereich wir uns austauschen, möchte ich gerne einen Satz als Maxime für unser Handeln schreiben.

Wir haben die Erde von unseren Kindern geliehen und müssen sie erhalten und verbessern, bevor wir sie wieder zurückgeben.

Ich glaube dieser Satz gilt für überall auf der Welt und somit auch für unseren kleinen Bereich in der Marktgemeinde Roßtal. Man sollte unsere Gemeinde als kleine Welt betrachten, in der alle Belange geprüft und verbessert werden sollen.

Natürlich hat Umweltschutz und Artenschutz auch bei uns einen sehr hohen Stellenwert. Es ist aber wichtig Ökologie und Ökonomie im Einklang zu halten. Es gibt sicher viele gute Varianten dies zu erreichen, aber wenn niemand für die Kosten aufkommen kann oder will, bleiben diese auf der Strecke.

Nach dem wir noch in der glücklichen Lage sind, Landwirte in der Region zu haben, ist ein enger Austausch und die regionale Weiterentwicklung und Ausrichtung sehr wichtig. Es ist sicher einen Gedanken wert, wieder

mehr Nahrungsmittel für die Bevölkerung anzubauen, als den kostbaren Boden mit Mais für die Biogasanlage zu vergeuden. Nachdem unser Gemüse, Obst und viele andere Dinge aus aller Herren Länder herbeigeschafft werden, könnte man über eine Umstrukturierung der Flächen nachdenken. Finanziell ist dies sicher auch nicht verkehrt, da die Bauern im Knoblauchsland zweifellos nicht zu den Ärmsten gehören. Hierfür sollen Gesprächsrunden stattfinden, um neue Ziele zu definieren und zu unterstützen.

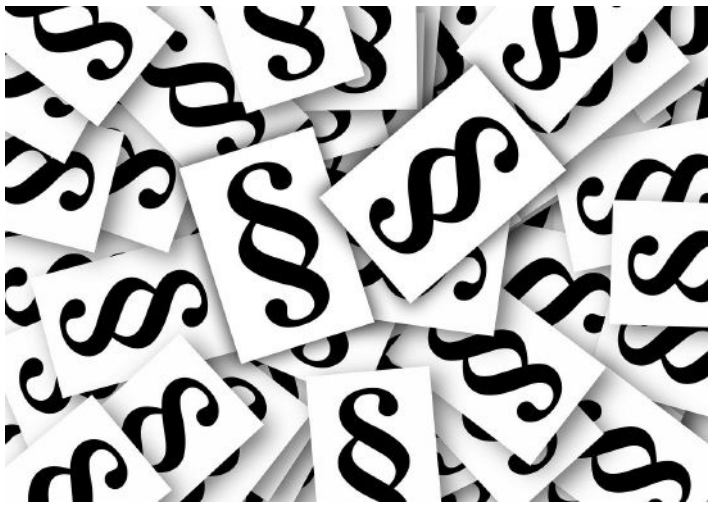
Gleiches gilt für Handel und Handwerk. Für unsere Jugend ist es wichtig, interessante Firmen in der Umgebung zu haben, um dort Lehrstellen zu finden oder in der Zukunft eine Arbeitsstelle. Roßtal ist schon jetzt ein gefragter Standort, wie die Vergangenheit aufgezeigt hat. Diese Entwicklung soll weitergeführt werden, wobei möglichst auch brach liegende Bereiche im Ortskern genutzt werden sollen.

Unter der Überschrift Regionalität sehe ich auch die Weiterentwicklung der Infrastruktur für alle Altersgruppen in der Bevölkerung. Optimierung der ärztlichen Versorgung, Angebote für die Jugend und die Senioren. Roßtal als lebens- und liebenswerte Heimat für Jung und Alt.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Ziele für die Zukunft ist die Fokussierung auf mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Marktgemeinde. Eine Vielzahl von Verfahren und Mitbestimmungen führt zu einem sehr zeitintensiven und teuren Handeln im Rathaus. Es ist teilweise nicht nachvollziehbar, warum zu diversen Verfahren so viele Institutionen einbezogen und befragt werden müssen. Natürlich müssen auch wir uns an die gesetzlichen Vorschriften halten, aber eine Ausrichtung zu vereinfachten Verfahren und Bestimmungen wäre eines meiner erklärten Ziele. Etwas mehr Pragmatismus würde uns allen guttun.

Natürlich wird die Umsetzung einer solchen gravierenden Änderung im Verfahrenswesen lange dauern, aber eventuell sind auch andere umliegende Gemeinden der gleichen Auffassung und man könnte zusammen hier viel bewirken.

Es ist für alle Bürgerinnen und Bürger notwendig, einfache und nachvollziehbare Bestimmungen zu bekommen, um im eigenen Bereich handeln zu können. Sei es die optische Gestaltung von Anwesen oder die Baumschutzverordnung. Letztere ist auch ein Punkt, den wir, die Freien Wähler Roßtal, wesentlich vereinfachen und bürgerfreundlicher gestalten wollen. Hierzu finden sie in dieser Ausgabe noch einen Artikel aus dem hervorgeht, wie wir über dieses Thema denken.



Als Bürgermeisterkandidat stehe ich für eine geradlinige, nachvollziehbare Kommunalpolitik. Das Wohl und die Akzeptanz aller Bürgerinnen und Bürger ist das Ziel, um weiterhin eine nachhaltige und umweltgerechte Entwicklung der Marktgemeinde zu gestalten. Kostenreduktion durch neue Vorgehensweisen und eventuell auch durch Zusammenarbeit mit weiteren Gemeinden im Landkreis.

Ihr Bürgermeisterkandidat

Herbert Schreiber

WIR PACKEN´S AN - HIER UND JETZT

Lösungsorientiert - Kompetent - Nachhaltig

Unsere Ziele

Weniger Vorschriften, mehr Pragmatismus

Wir wollen...

... mehr Eigenverantwortung, mehr Eigenständigkeit sowohl für unsere Bürgerinnen und Bürger als auch für die Marktgemeinde Roßtal

... einfachere nachvollziehbare Bestimmungen, keine überflüssige Gängelung der Bürger, mehr Bürgerfreundlichkeit. Hierzu gehört auch eine grundlegende Änderung der bestehenden Baumschutzverordnung

Unsere Ziele

Weiterentwicklung unserer Infrastruktur

Wir wollen...

... unsere beiden Einkaufszentren, "Oberer Markt" und "Unterer Markt" erhalten, fördern und weiter entwickeln

... Kernort und Außenorte gleichermaßen weiter entwickeln

... eine permanente Verbesserung der Infrastruktur für Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer

... den Schulweg sicherer gestalten

... Sicherheit für Radfahrer (Fahrradfreundliche Kommune)

... bessere Verkehrsführung durch Kreisverkehre

... den Ausbau der medizinischen Versorgung in Roßtal (Medizinisches Versorgungszentrum MVZ)

... Räume für Begegnungen, Räume für Kinder und Jugendliche

... eine Begegnungsstätte für unterschiedliche Kulturen und Sprachen

... die Regionalität und Ökologie der Landwirtschaft fördern

Unsere Ziele

Zukunft gestalten

Wir wollen...

... solide Haushalten, keine Einengung der finanziellen Möglichkeiten aufgrund von Schulden, nicht über die Verhältnisse leben

... neue Baugebiete in guter Lage zu bezahlbaren Preisen

... den Ausbau und die Förderung des Roßtaler Gewerbes

... offen für neue Gewerbeansiedlungen sein

... schnelles Internet für alle

... Ökologie und Ökonomie miteinander in Einklang bringen

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr für ALLE

Von Prof. Dr. Walter Zägelein

Der Verkehr nimmt zu, die Parkplätze werden scheinbar weniger. Wir sind inzwischen an einem Punkt angekommen, an dem man einmal innehalten sollte, um zu überlegen, was man auf dem Gebiet des Straßenverkehrs verändern bzw. verbessern könnte. Speziell in unserem Ort haben wir doch gewisse Möglichkeiten, die Dinge in die richtige Richtung beeinflussen zu können.

Viele von uns sind innerhalb weniger Stunden als Autofahrer, als Fußgänger und als Radfahrer unterwegs. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir unseren beschränkten Verkehrsraum nicht nur autogerecht gestalten, sondern dass alle die sich draußen im öffentlichen Raum bewegen, zu ihrem Recht kommen und vor allem sich auch sicher bewegen können. Dabei gilt es zu beachten, dass jede Gruppe von Verkehrsteilnehmern durchaus jeweils andere Bedürfnisse hat. Wir haben Autofahrer, Radfahrer mit und ohne elektrischer Unterstützung, Fußgänger, Ältere, Jüngere, Kinder verschiedenen Alters, Menschen mit Behinderung, Jogger, Hundebesitzer/ innen, Lieferverkehr mit Zeitproblemen, Lastverkehr, Motorradverkehr, Rollerverkehr, die neuartigen Scooter und nicht zuletzt auch landwirtschaftlichen Verkehr. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich die eine oder andere Gruppe in meiner Aufzählung vergessen habe. Für all diese Menschen müssen wir einen gemeinsamen Verkehrsraum schaffen der sicher für alle Verkehrsteilnehmer ist, aber auch keinen davon in irgendeiner Weise ohne Not ausbremst. Wie soll das gehen? Ich denke man muss einfach mal an den dringendsten Punkten anfangen und die Sache konzentriert und konsequent weiterentwickeln. Dabei wird es kein "ich habe fertig" geben.

Ganz wichtig sind dabei die Anregungen der Anwohner, die die verkehrliche Situation in ihrem Umfeld am besten kennen. Diese Informationen müssen permanent in ein gemeinsames stetig wachsendes Verkehrskonzept eingearbeitet werden. Man muss nur darauf achten, dass dabei nicht das abgewandelte St. Florians Prinzip Anwendung findet, das da lautet: "Vor meinem Gartenzaun Zone 30 und anderswo Freie Fahrt".

Fangen wir doch zuerst mit den Schwächsten, unseren Schulkindern an, welche sich ohne Begleitung auf den Weg zur Schule und danach wieder Nachhause machen. Mir ist irgendwann einmal aufgefallen, dass unsere Straßen in Roßtal den Autofahrern und natürlich auch den Zweiradfahrern unbeschränktes Vorrecht geben. Was meine ich damit? Es gibt bei uns gegenüber anderswo keine gesonderten Fußgängerüberwege mit Zebrastreifen, bei dem dann die Fußgänger das Vorrecht genießen. Wir haben nur eine einzige Fußgängerampel ohne Zebrastreifen an der Winkelbrücke. Diese ist dort aus der Sicht unserer Kinder auch genau an der richtigen Stelle. Sonst? Fehlanzeige! Wir haben zwischenzeitlich einige Überquerungshilfen ohne Zebrastreifen. Dort kann sich dann der Fußgänger, wie gut er auch zu Fuß ist, immer nur gerade auf die schützende Insel retten. Es muss dabei aber niemand des rollenden Verkehrs auf den Überquerungswunsch eines Fußgängers Rücksicht nehmen.

Hier eine erste konkrete Forderung. Nördlich der Pelzleinstraße gibt es viele Familien mit Schulkindern, die mindestens zweimal am Tag diese Straße alleine überqueren müssen, um in die Schule und wieder nach Hause zu kommen. Bei einer ersten diesbezüglichen

Pelzleinstraße

Bemerkung meinerseits im Marktgemeinderat wurde gesagt, dies ist eine Kreisstraße und der Kreis (Landkreis Fürth) sei der Meinung, dass bei der vorliegenden geringen Verkehrsbelastung keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich seien. Aus der Sicht der dortigen Eltern sieht die Sache aber grundsätzlich anders aus. Speziell morgens ist dort durchaus ein reger Verkehr, der einen sicheren Fußüberweg rechtfertigen würde. Deshalb ist ein Zebrastreifen an der Pelzleinstraße für einen Schulweg in Richtung Zinkenbuck zur Schulstraße ein erster Schritt in die richtige Richtung. Und wenn der Landkreis nichts tut, dann müssen wir von unserer Seite aktiv werden. Schließlich betrifft uns das Problem täglich. Man muss bei uns auch den Fußverkehr im Auge haben. Es gibt aber sicher noch viele andere Stellen, an denen derartige Fußgängerüberquerungshilfen sinnvoll sind. Bitte helfen Sie alle mit den Fußgängerverkehr in Roßtal zu verbessern!

Und nun gleich die zweite konkrete Forderung, jetzt für unsere älteren Mitbürger. Beim neuen Pflegeheim und dem neu entstehenden Betreuten Wohnen befindet sich eine Überquerungshilfe. Dort gehört nach unserer Meinung ein zusätzlicher Zebrastreifen angebracht. Speziell die älteren und noch rüstigen Damen und Herren haben doch den Wunsch sich eigenständig zu versorgen. Das heißt, dass sie einen Weg zu den Einkaufsläden im unteren Markt brauchen und der führt nun mal auf die andere Straßenseite. Im höheren Alter benötigt man halt ein bisschen mehr Zeit zum Überqueren einer Straße als deren Enkel. Und die Zeit sollten wir Ihnen auch gewähren, indem wir dem Fußverkehr mit Hilfe eines Zebrastreifens das Vorrecht zum Überqueren geben.

Überquerungshilfe beim Roßtaler Sozialzentrum. Der Übergang ist sogar mit den weißen Bodenindikatoren für Blinde und Sehbeeinträchtigte ausgestattet. Die wesentiche Hürde ist eigentlich nur die Überquerung der beiden Straßenhälften

Nächstes Beispiel. Jetzt für die Radfahrer. Radfahren ist gesund und wir wollen schließlich eine fahrradfreundliche Gemeinde werden. Dafür gibt es sogar einen Gemeinderatsbeschluss. Wir haben auch einen Fahrradbeauftragten für den Markt Roßtal. Es wäre traumhaft und ideal, wenn wir parallel zu jeder Straße nicht nur einen Fußweg, sondern zusätzlich noch einen Radweg hätten. Bei einem Straßenneubau mag das gehen. Aber bei dem Altbestand der Straßen, speziell im Kernort, funktioniert das schon aus Platzgründen nicht. Schauen Sie sich bloß das Straßenstück zwischen Winkelbrücke und Kreisel an. Relativ schmale Straße, extrem schmaler Bürgersteig, parkende Autos und jetzt noch ein Radweg auf beiden Seiten? Das wird nicht funktionieren. Da müssen wir andere Wege und Mittel finden.

Im Bereich der Unteren Bahnhofstraße wurde zwischenzeitlich schon eine Fahrradspur abmarkiert. Bei dieser Variante kann man auch geteilter Meinung sein. Die Einen sagen, das ist ein Radweg nur für Radfahrer, was nicht stimmt. Die Anderen wiederum sagen, es wird damit dem Radfahrer eine Sicherheit vorgegaukelt, die er eigentlich nicht hat. Aber trotz allem ist es eine Erinnerung an den Autofahrer, dass hier Radfahrer unterwegs sein können. Die absolute Sicherheit können wir auf unseren Straßen leider nicht bieten. Deshalb muss es unser Ziel sein, dass wir bei jedem Verkehrsteilnehmer die Existenz des jeweils anderen in Erinnerung rufen. Insbesondere, dass wir an den jeweilig schwächeren erinnern. Aus diesem Grund

Untere Bahnhofstraße

ist diese Abmarkierung in der Bahnhofstraße auch genau der richtige Weg, den wir weiter beschreiten müssen. Aber diese Variante geht nicht überall, weil dann kein Parken am Straßenrand mehr möglich wäre. Deshalb brauchen wir auch noch weitere Möglichkeiten, um die Sache in den Griff zu bekommen.

Das Verkehrszeichen 138 (Radfahrer) schenkt uns zwar auch keinen Radweg, aber es ruft uns die Existenz von Radfahrern immer wieder ins Bewusstsein. Nur so können wir in unseren engen Ortsbereichen vorgehen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die vor ein paar Jahren erfolgreiche Werbekampagne von Opel, die da hieß: "Umparken im Kopf". Wir müssen den Radfahrer im Straßenverkehr als Partner im Kopf verinnerlichen und durch eine geeignete Beschilderung auch immer wieder daran erinnert werden. Es ist vielleicht etwas Kreativität gefragt und es muss natürlich die zuständige Verkehrsbehörde mit eingebunden werden.

Verkehrszeichen 138

Auf Sylt gibt es beispielsweise sehr viele gemeinsame Fuß- und Radwege, die teilweise sehr schmal sind. Das mag gut gemeint sein, aber wir waren dort ausschließlich Fußgänger. Unser Fazit: Auch nicht so toll, es sei denn der Fuß- und Radweg ist wirklich breit genug. Dann gehts. Ein eher unbeliebtes Mittel wäre die Geschwindigkeitsbegrenzung für den Autoverkehr. Man muss schlicht und einfach für jede in Frage kommende Straße neu überlegen und entscheiden, mit welcher Methode wir den Radverkehr in den dominierenden Autoverkehr einbinden und sicherer machen können. Das ist Arbeit, aber ich denke diese lohnt sich.

Nun zu den Autofahrern. Auch da gibt es Verbesserungspotential. An der Kreuzung Hochstraße/Ostringstraße und Nürnberger Straße würde sich ein Kreisverkehr anbieten. Das würde manches einfacher und auch sicherer machen. Man ist damit auch gezwungen mit moderaterer Geschwindigkeit in den Ort hereinzufahren. Aber die Nürnberger Straße ist eine Staatsstraße, die von Nürnberg aus verwaltet wird. Von dort passiert sicher nichts.

Kreuzung Hochstraße/Ostringstraße und Nürnberger Straße

Ein weiterer Kreisverkehr an der Einfahrt der St2409 (Staatsstraße) in die B14 (Bundesstraße) wäre auch eine sehr schöne Sache. Von Roßtal kommend wird speziell während des Berufsverkehrs das Abbiegen in die B14 immer schwieriger. So ein Kreisel war vor Stein möglich und es gibt aus meiner Sicht keinen Grund, warum das bei uns nicht auch machbar sein sollte. Dadurch verlangsamt sich auch die Geschwindigkeit im

Einfahrt von der St2409 in die B14

Bereich von Großweismannsdorf auf ganz natürliche Weise. Aber wo kein Wille ist, da ist auch kein Weg. Man muss sich halt kümmern. Wenn Staat (Land Bayern) und Bund keine Anstalten machen hier etwas verändern zu wollen, dann muss die Gemeinde ein wenig nachhelfen. Zur Not mit finanzieller Mithilfe. Dieses Geld wäre für uns alle gut angelegt. Aber in den letzten Jahren wurden viele nicht unbedingt notwendige oder überteuerte Projekte angestoßen oder andere Dinge zu teuer realisiert. Dieses Geld fehlt jetzt.

Wenn wir einen Teil der Baukosten für die Kreisverkehre mit tragen würden und uns gleichzeitig bei allen zuständigen Institutionen mit aller Macht engagieren, dann könnten wir unsere Wünsche eventuell realisieren. Dies gilt insbesondere dann, wenn wir einen Bürgermeister haben, der auch bereit ist, unkonventionelle Wege zu gehen. Genau so einen können wir

Ihnen anbieten. Wir sind lange genug den Dienstweg gegangen. Man muss auch einmal andere Wege beschreiten. Wir haben die richtigen Ideen und die nötige Kreativität dafür.

Auch der obere Markt birgt einige Probleme. Einerseits müssen wir stark darauf achten, dass die dortige Infrastruktur mit all ihren bisherigen Einkaufsmöglichkeiten erhalten bleibt. Dieses kleine Zentrum mit kurzen Wegen bedarf unserer Pflege. Wegen der Fußläufigkeit der dortigen Geschäfte könnte man für die Sicherheit der Fußgänger auch noch einiges tun.

Zwei Fußgängerüberwege die den Fußgängern den Vorrang geben und den Hauch einer Fußgängerzone vermitteln, wäre schön. Einer zwischen Apotheke und Bäcker und der andere zwischen Blumen Fröschl und Kulturscheune. Das würde den Fußverkehr zwischen den Geschäften sehr aufwerten.

Weiterhin haben wir am oberen Markt auch ein großes Parkplatzproblem. Werktags treffen hier die Parkplatzbedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Schule und Rathaus auf die Parkplatzsuche der Besucher und Kunden der dortigen Einrichtungen. Der Platz dort ist beschränkt. Es bleibt nichts anderes übrig als dass man Parkplätze entweder in der Tiefe oder in die Höhe baut. Oder eine Kombination von beiden Möglichkeiten sucht. Diese Varianten sind auf der ganzen Welt verbreitet. Auch Heilsbronn hat in seinem Ortskern eine Tiefgarage. Man verlangt von den Geschäften, dass sie ausreichend Parkplätze vorhalten oder kassiert eine Ablösesumme. Werden damit Parkplätze gebaut? Und wo sind diese? Öffentliche Unternehmen, wie es das Rathaus und die Schule im Prinzip auch darstellen, sollten sich auch um die Parkplätze ihrer Mitarbeiter kümmern müssen. In der Industrie ist das nicht anders. Dort werden die Unternehmen dazu gezwungen. Gehen hier die Uhren etwa anders?

Ein weiterer wunder Punkt im oberen Markt ist das Verkehrsaufkommen vor der Schule früh morgens oder beim Abholen in der Mittagszeit. Ein bisschen Koordination des Ganzen wäre wünschenswert. Vielleicht sollte man einmal an die überwiegend im Ausland existierenden Kiss and Ride Zonen denken. Das ist ein Kurzzeitparken in einer Reihe hintereinander und die An- und Abfahrt geht wie in einer Warteschlange der Reihe nach. Dieses Konzept wird seit neuestem auch in Deutschland immer beliebter. Man müsste einmal prüfen, ob man das auch auf Roßtal übertragen kann.

Kiss and Ride

Wir haben so viele Infrastrukturmaßnahmen -kleinere und größere- nötig, dass wir es uns nicht leisten können unser vorhandenes Geld in "nice to have"-Dinge zu stecken. Wir müssen dies in "must have"-Sachen investieren. Wir können im millionenschweren Baderhaus nicht parken, ebenso sind die Vorteile dieser Renovierung für die Allgemeinheit stark begrenzt. Welche Musikschule hat denn so ein edelsaniertes Domizil zur Verfügung? Das kann es doch nicht sein. Es wird Zeit, dass manches wieder zurechtgerückt wird. Wir müssen uns mehr um die von uns allen fast täglich genutzte Infrastruktur kümmern. Lasst uns diese Dinge jetzt anpacken!

Herzlichst

Ihr Dr. Walter Zägelein

Marktgemeinderat

1. Vorsitzender
Freie Wähler Roßtal e.V.

WIR PACKEN´S AN - HIER UND JETZT
Lösungsorientiert - Kompetent - Nachhaltig

Die Straßenausbaubeiträge sind abgeschafft

Wochenlang haben auch wir, die Freien Wähler in Roßtal Unterschriften für die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung gesammelt. Viele von Ihnen haben durch ihre Unterschrift mitgeholfen. Dafür an dieser Stelle recht herzlichen Dank. Aber das Ganze hat sich letztendlich gelohnt. Rückwirkend zum 1.1.2018 ist diese wenig bürgerfreundliche Regelung endlich Geschichte.

Eigentlich wollten die Freien Wähler die Rückerstattung von bereits bezahlten Straßenausbaubeiträgen rückwirkend bis 1.1.2014 für die bayerischen Bürger erreichen. Das konnten wir leider nicht vollständig durchsetzen. Aber dafür haben wir für die Betroffenen einen durchaus akzeptablen Kompromiss verhandeln können. Es wurde ein Härtefallfonds aufgelegt, der die Härtefälle für die Zeit ab 1.1.2014 abfedert. Damit sollen die schlimmsten Härten und Ungerechtigkeiten abgemildert werden.

Die Freien Wähler kümmern sich durch ihre kommunalpolitische Orientierung auch um die Kommunen und deren Finanzierungsmöglichkeiten im Straßenbau. Wir haben dafür gesorgt, dass die Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen für die Kommunen auch in Zukunft gesichert ist. Für die Kompensation der entfallenen Straßenausbaubeiträge werden für Städte und Gemeinden mit Straßenausbaubeitragssatzung, welche auch tatsächlich vollzogen wurden, im Jahr 2019 genau 100 Millionen Euro vom Freistaat Bayern zur Verfügung gestellt. Ab 2020 werden 150 Millionen Euro für alle Kommunen zur Verfügung bereitgestellt.

Herzlichst

Ihr Dr. Walter Zägelein

Marktgemeinderat

1. Vorsitzender
Freie Wähler Roßtal e.V.

FREIE WÄHLER
Bayerns starke Mitte.
Die Kommunalpolitiker.

Medizinisches Versorgungszentrum Roßtal

Keine Utopie sondern eine Chance für die Gesundheit der Bürger

Von Pierre Lang

Bis 2020 gehen rund 50.000 Ärzte in den Ruhestand. Es droht eine dramatische Unterversorgung der ländlichen Gebiete. Diese Entwicklung trifft auch den Landkreis Fürth mit voller Wucht. Schon jetzt gibt es eine eklatante Unterversorgung im Fachärztebereich.

Die folgenden Fachärzte sind im Landkreis Fürth besonders rar. Wir haben hier zu wenig Augenärzte, Gastroenterologen, Hautärzte, Kinderärzte, Pneumologen und Urologen. Dies führt dann oft zu Wartezeiten von 3 bis 4 Monaten. Viele Bürger haben das bereits am eigenen Leib erfahren. Nur wer mobil und zeitlich überaus flexibel ist, kann diesem Dilemma entkommen indem er 15 bis 20 km Fahrtstrecke nach Nürnberg oder Fürth in Kauf nimmt. Eine onkologische Fachpraxis sucht man z.B. im Landkreis vergeblich, und das obwohl die Anzahl an Krebserkrankungen (Brustkrebs und Prostatakrebs) in den letzten Jahren rapide angestiegen ist. Ein Patient aus Roßtal ist gezwungen eine lange Taxifahrt für seine Chemo- bzw. Strahlentherapieserie auf sich zu nehmen, und dies über mehrere Wochen hinweg.

Die Lösung und Chance für alle Bürger des Marktes Roßtal wäre die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ), in dem die Leitung in der Hand eines Arztes liegt, der im MVZ selbst tätig ist und weitere Kollegen unterschiedlicher Fachrichtungen anstellt. Mit dem am 23. Juli 2015 in Kraft getretenen GKV-Versorgungsstärkungsgesetz wurden die Rahmenbedingungen für die Gründung eines MVZ weiter verbessert. Auch Kommunen wie Roßtal wurde jetzt die Möglichkeit eingeräumt, ein MVZ zu gründen und damit aktiv die Versorgung im Landkreis zu beeinflussen und zu verbessern.

MVZ

Am 11. Mai 2019 trat das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) in Kraft:

Praxisnetze können jetzt Medizinische Versorgungszentren gründen und angestellte Ärzte und Ärztinnen können Gesellschafteranteile am MVZ jederzeit von ausscheidenden Ärzten (Gründungsgesellschaftern) übernehmen. Somit wird ein Zulassungsentzug vermieden.

Kommunen als Leistungserbringer – Anforderungen an die Gründung eines MVZs

Die kommunalen MVZ sind Zwangsmitglied der kassenärztlichen Vereinigung. Ein MVZ setzt voraus, dass die Tätigkeit der verschiedenen Fach- und Hausärzte in gemeinsam genutzten Räumlichkeiten stattfindet. Die Zulassung erfolgt dann für den Ort Roßtal. Ein ärztlicher Leiter stellt sicher, dass ärztliche Entscheidungen nicht von Nicht-Ärzten beeinflusst werden. Er trägt die Verantwortung (Geschäftsführung) für alle Betriebsabläufe, sowie die Verantwortlichkeit gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung (KÄV). Der angestellte Arzt verzichtet zugunsten des MVZ auf seine Zulassung. Bei kommunaler Trägerschaft besteht der Vorteil, dass der aufgekaufte Arztsitz für den Markt Roßtal dauerhaft gesichert ist. Die Studie "Kommunen als Träger eines MVZ" der beiden Regensburger Professoren Dr. Kingreen und Dr. J. Kühling wurde mittlerweile vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege veröffentlicht und ist bei der Umsetzung des kommunalen MVZ wegweisend.

Im Markt Roßtal gibt es in privater Hand durchaus Grundstücke, die für den Bau eines MVZ geeignet wären. Ideal wäre dabei die Bahnhofsnähe. Gerade für junge Nachwuchsmediziner spielt eine gute Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes eine große Rolle. Angestellte Ärzte des MVZ könnten mittels flexiblerer Arbeitsmodelle in Teilzeitverträgen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie am einfachsten realisieren. Der bisher ansässige Hausarzt würde durch das MVZ erheblich von Bürokratie entlastet und kann individuell auf Praxispersonal zugreifen.

Aufgrund der neuen Baugebiete und der Ansiedelung von Familien mit zwei oder mehr Kindern ist in Zukunft ein medizinischer Behandlungsbedarf in den Bereichen Gynäkologie sowie Kinder- und Jugendmedizin für Roßtal gegeben. Die Neubürger erwarten zurecht eine gute medizinische Betreuung. Auch für die älteren Mitbürger wäre ein internistischer, onkologischer Facharzt vor Ort eine Bereicherung und die anstrengenden Taxifahrten zu Serienbehandlungen nach Nürnberg wären nicht mehr notwendig.

Der Markt kann durch attraktive Rahmenbedingungen Anreize für junge Fachärzte bieten, hier vor Ort zu praktizieren, anstelle in überfüllten Krankenhäusern, die mit Personalmangel und anderen Missständen kämpfen.

Eine aktuelle Umfrage des Instituts für Qualitätsmessung und Evaluation im Auftrag des Marburger Bundes zeigt folgende Trends:

- junge Ärzte wollen lieber angestellt arbeiten denn als Freiberufler, 2015 stieg die Zahl der angestellten Ärzte um mehr als 10%.

- 75 % der Studierenden finden die Arbeit in einem MVZ attraktiver als eine eigene Freiberuflichkeit.

Wie sieht nun die Praxis im kommunalen Versorgungszentrum aus?

Eine Kommune in Rheinland-Pfalz machte aus der Not eine Tugend.

Nachdem der Zulassungsausschuss von Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenkassen den MVZ Betrieb sowie die Anstellung der Fachärzte genehmigt hatte, durfte die Kommune ab dem 1. April 2016 das Gesundheitszentrum in der Form einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) betreiben. Die Leitung übernimmt ein Hausarzt, der seine Praxis vorher zugunsten des MVZ aufgegeben hat. Daneben gibt es zwei angestellte Fachmediziner in Voll- bzw. Teilzeit. Die medizinischen Fachangestellten wurden aus beiden bisherigen Hausarztpraxen des Ortes übernommen. Das Konzept sieht vor, dass langfristig auch weitere Fachärzte einsteigen können.

Bei der Umsetzung wurde die Kommune von Anwälten der Wiesbadener Kanzlei Broglie und Partner beraten. Eine Konkurrenzsituation bestand nicht, denn für die Ausschreibung gab es keine Bewerbungen. Zudem darf eine Kommune im Rahmen der Daseinsvorsorge für die medizinische Grundversorgung ihrer Bürger eine solche Aufgabe übernehmen. Die AöR als Rechtsform bietet auch bezüglich der Haftungsfrage entscheidende Vorteile gegenüber einer GmbH. Natürlich kann ein MVZ auch Gewinne einfahren. Wichtig war dem Bürgermeister, die hohen Gründungskosten in einem überschaubaren Zeitraum abzubauen. Die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber dem Projekt war sehr hoch. Daneben hatten 20 von 21 Gemeinderäten dem Modell zugestimmt. Langfristig sollen natürlich die zunächst angestellten Ärzte das MVZ selbst führen.

Planung und Umsetzung des Modells für Roßtal

In Roßtal müssten sich alle Beteiligten, der Markt sowie die freiberuflich tätigen Ärzte über die gemeinsame Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung einig sein. Sofern die Kommune die Immobilienfrage löst, wäre die Ärzteschaft möglicherweise für die Umsetzung zu gewinnen. Angestellte junge Fachärzte, unter Leitung eines Hausarztes unter einem Dach des MVZ würden die Attraktivität des Ortes sicherlich stark erhöhen. Für den Markt wäre der Eigenbetrieb dann nicht erforderlich. Er wäre jedoch als Impulsgeber und Starthelfer unentbehrlich. Die Realisierung eines medizinischen Versorgungszentrums wäre ein wichtiger Schritt zur innovativen Weiterentwicklung des Marktes Roßtal.

Ihr

Pierre Lang

1. Schriftführer
Freie Wähler Roßtal e.V.

WIR PACKEN´S AN - HIER UND JETZT
Lösungsorientiert - Kompetent - Nachhaltig

Brauchen wir eine Baumschutzverordnung?

Von Prof. Dr. Walter Zägelein

Die Baumschutzverordnung ist ein Thema, welches meist sehr emotional diskutiert wird. Befürworter und Gegner meinen jeweils die besseren Argumente auf ihrer Seite zu haben und stehen sich oft unversöhnlich gegenüber. Ein Thema also, welches sich durchaus lohnt, einmal möglichst objektiv zu betrachten. Müssen wir unsere Bäume wirklich vor uns selbst schützen?

Schauen wir einmal nur auf unser Bayern. Dort haben von 2056 bayerischen Gemeinden nur etwa 94 Gemeinden eine Baumschutzverordnung. Die anderen, also etwas über 95% der bayerischen Gemeinden haben keine derartige Verordnung. Von hier aus, könnte man wiederum meinen, es handelt sich um ein Randthema, mit dem man sich eigentlich nicht befassen müsse.

Gemäß eines Artikels der Fürther Nachrichten vom 05.08.2019 fordert der Verantwortliche für den Bereich Natur und Landschaft in Bayern vom Bund Naturschutz, dass alle Gemeinden eine Baumschutzverordnung haben sollten. Dann betrifft es allerdings schlagartig jeden von uns in Bayern. Wieder andere, wie zum Beispiel die Städte Schweinfurt oder Ansbach haben ihre vormals bestehende Baumschutzverordnung abgeschafft. Die Ansbacher waren mehrheitlich für das Freiwilligkeitsprinzip und gegen Gängelung. Sie denken, der Staat muss nicht alles kontrollieren und sanktionieren. Aus ihrer Sicht gibt es auch keinen Beleg dafür, dass es in Ansbach jetzt weniger Bäume gibt als vorher.

Schaut man nun einmal in unsere Nachbarstadt Erlangen mit Baumschutzverordnung. Dort erreichen die Stadtverwaltung im Jahr rund 750 Anträge für Baumfällungen, wobei 75% davon auch bewilligt werden. Um das bearbeiten und kontrollieren zu können, benötigt man jedoch eine extra Planstelle für diesen Zweck. Ähnlich ist es in Fürth. Dort werden gar 90% der Anträge bewilligt. Um den Verwaltungsaufwand zu senken, hat man in Fürth den Mindestumfang der schutzwürdigen Bäume einfach erhöht.

Unter dem Gesichtspunkt dass 95% der Gemeinden keine Baumschutzverordnung haben, kann man nicht ernsthaft behaupten, dass ein Raubbau an unseren Gehölzen in Bayern statt findet. Andererseits kommt es dort, wo eine solche Verordnung vorhanden ist, nicht unbedingt zu merkbaren Aufforstungen. Vielmehr sind dann oft Zwistigkeiten und Streit wegen altersschwachen, kranken oder von Schädlingen befallenen Bäumen auf der Tagesordnung.

Das sind nun ganz allgemein die Verhältnisse in Bayern. Wie ist es nun bei uns in Roßtal? Auf keinen Fall einfacher, aber das wissen wir ja alle. Die bei uns gültige Baumschutzverordnung ist am 16.3.1986 in Kraft getreten und beinhaltet nur den Kernort in der damaligen Ausprägung. Warum dies seinerzeit so gemacht wurde, ist heute kaum mehr nachvollziehbar. Alle zwischenzeitlich neu hinzu gekommenen Baugebiete bis hin zu den aktuellen und auch den zukünftigen geplanten Baugebieten sind dabei ausgenommen. Diese Gebiete waren damals noch außerhalb des Kerngebietes. Schon dies ist ein Grund, dass die bestehende Baumschutzverordnung dringend näher angesehen und den heutigen Verhältnissen angepasst werden muss. Hinzu kommt, dass alle unsere Außenorte davon nicht betroffen sind.

Gerade dort in dem weitaus größeren Teil von Roßtal, der außerhalb der Gültigkeit der Baumschutzverordnung liegt, ist weder ein verstärktes Abholzen noch ein sonstiger Naturfrevel zu erkennen. Im Gegenteil, jeder von uns hegt und pflegt seinen Garten. Manche haben sogar auf absolut freiwilliger Basis die Pflege von öffentlichen Bäumen übernommen. Ich denke, dass wir im Angesicht dessen, sowohl in den Außenorten als auch im Kernort von Roßtal eine Baumschutzverordnung überhaupt nicht nötig haben. Wir pflegen unseren Ort nach besten Wissen und Gewissen.

Einen großen Aufreger gab es kurz nach der Jahrtausendwende in Clarsbach, als es seinerzeit der dortigen Kastanie an den Kragen ging. Das war eine Aktion seitens des Landratsamtes. Dort wohnt übrigens auch die untere Naturschutzbehörde. Ein Gutachter habe damals festgestellt, dass der Kastanienbaum

"unheilbar krank" sei und bei einem Sturm umknicken könnte. Einen solch alten Baum (ca. 150 Jahre), der ja für Clarsbach den Charakter eines Wahrzeichens hatte, gibt natürlich jeder nur sehr ungern her. Das führte in jenen Tagen zu emotionsgeladenen Diskussionen, bis er eines Tages frühmorgens von Mitarbeitern des Landratsamtes unter dem Protest der dortigen Bewohner umgesägt wurde. Der Ort der Veranstaltung war übrigens außerhalb unserer Baumschutz-verordnung.

Alte Kastanie in Clarsbach

Nimmt man die Emotionen und auch die damit verbundenen Erinnerungen heraus, dann muss man erkennen, dass nicht nur Menschen und Tiere alt und krank werden. Dies gilt auch für Bäume. Auch diese haben nicht das ewige Leben und müssen gegebenen-falls von ihrem angestammten Ort weichen. Warum soll das hier anders sein? Es gibt ja kein Pflegeheim für alte Bäume. Das hat nichts damit zu tun, dass man gegen Naturschutz sei und die Probleme des Klimawandels nicht ernst nimmt, wenn ein kranker Baum aufgegeben werden muss.

Wir haben auch immer wieder Bäume bei uns im Ort, die bei einem Sturm, aufgrund der Größe, des Alters oder auch nur wegen möglicher Krankheiten zu einer Gefahr werden können. Fest im Gedächtnis haben wir sicher auch noch das Problem mit unseren von Schädlingen befallenen Eichenbäumen. Sei es auf öffentlichen Bäumen, wie z.B. auf dem neuen Friedhof. Überall prangten damals die Schilder mit dem Hinweis auf den Eichenprozessionsspinner, dem man möglichst nur mit geeigneter Kleidung begegnen sollte. Aber wie ist es, wenn einem das Schicksal eines solchen infizierten Baumes im eigenen privaten Garten ereilt? Welche Möglichkeiten zur Lösung des Problems hat man in diesem Fall? Wenn man in Roßtal im Bereich des Kernortes wohnt, hat man da nicht viele Möglichkeiten, aber umso mehr Probleme.

Mit dem Eichenprozessionsspinner befallene Eiche

Wenn man sich seinem Baum nur noch im Schutzanzug nähern kann und wenn man mit normalen "Baumpflegemitteln", die häufig auch was mit Gift zu tun haben, nicht mehr weiterkommt und an eine finale Lösung, dem Entfernen des Baumes denkt, wird man in dem Moment, wenn man tatsächlich zur Tat schreiten sollte, schlicht und einfach straffällig und bekommt es mit der vollen Härte der Baumschutzverordnung zu tun. Einen großen Teil der unsrigen Verordnung nimmt übrigens die Berechnung für die im Fall des Falles zu zahlende Ausgleichszahlung ein. Da kommen im nu einige Tausend Euros zusammen. Die Möglichkeiten einer Befreiung sind dagegen sehr bescheiden gehalten.

Muss man das so machen? Ich denke, es würde auch anders gehen. Wer will einen gesunden Baum oder einen Baum, der mit handelsüblichen Baumpflege-

mitteln behandelbar ist, ernsthaft fällen? Wir sind ja nicht bei den kanadischen Holzfällern; hier in Roßtal will dies sicherlich niemand.

Die Roßtaler Verordnung greift übrigens schon bei einem Baumumfang von 60 cm. Daraus errechnet sich ein Durchmesser von rund 19 cm. Das ist noch kein allzu großes Gehölz, daraus wird sicher erst in einigen Jahren ein richtiger Baum. Deshalb hat man auch andernorts diese Grenze weiter nach oben geschraubt.

Auch wenn wir der Meinung sind, dass wir sehr gut ohne Baumschutzverordnung auskommen können, wird es einige von Ihnen geben, die eine andere Blickrichtung haben. Aber Politik, auch Kommunalpolitik ist das Streben nach Kompromissen, die von einer großen Mehrheit getragen werden können. Und in Zeiten des Klimawandels müssen wir mit unseren Naturressourcen auch besonders sorgsam umgehen. Deshalb würden wir einen Kompromiss vorschlagen, der sowohl von Gegnern als auch von Befürworten einer Baumschutzverordnung getragen und gleichzeitig als Verbesserung angesehen werden kann.

Die Baumschutzverordnung sollte entweder grundsätzlich geändert oder einer neuen Baumschutzverpflichtung weichen, nach der jeder ohne besondere Genehmigung und ohne großen Verwaltungsaufwand den "störenden" Baum entfernen kann, wenn er auf dem gleichen Grundstück einen Ersatzbaum pflanzt. Ein bloßer Ersatz bringt jedoch noch keine Verbesserung, da der neu zu pflanzende Baum in aller Regel deutlich kleiner sein wird. Deswegen wird in der Baumschutzverpflichtung festgelegt, dass jeder "Holzfäller", abhängig von der Größe des gefällten Baumes, mindestens einen bis maximal drei Bäume auf Ersatzflächen zu pflanzen oder pflanzen zu lassen hat. Dadurch dürfte sowohl dem privaten als auch dem gemeinschaftlichen Wohl Rechnung getragen werden. Und man muss nicht immer das Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Obrigkeit haben. Die Politik hat schließlich FÜR die Bürgerinnen und Bürger da zu sein.

Herzlichst

Ihr Dr. Walter Zägelein

Marktgemeinderat

1. Vorsitzender
Freie Wähler Roßtal e.V.

WIR PACKEN´S AN - HIER UND JETZT
Lösungsorientiert - Kompetent - Nachhaltig

Pflanzenbau ohne Pestizide

Von Dipl.-Ing. (FH) Jörg Dürrbeck

Konventionelle Düngemittel wirken oft alkalisch oder sauer.

Aufgrund der alkalischen Eigenschaft von reinem Löschkalk wirkt dieser wie Fungizide und Insektizide, jedoch ohne deren systemischen Schadwirkungen. Löschkalk bewirkt sogar noch mehr.

Auch Bakterien finden, wie man aus der Stallhygiene weiß, im basischen Umfeld einer Lauge keinen Lebensraum. Hierzu benötigt man keine großen Konzentrationen. Die Wirkung beginnt bereits mit einer gesättigten Lösung und einem pH-Wert von 12,4.

Sobald der alkalische Dünger längere Zeit der Luft ausgesetzt ist, carbonatisiert er mit Kohlendioxid zu neutralem Kalk und dient fortan der Düngung und Bodenverbesserung. Die Anwendung von Löschkalk erfolgt präventiv nach Prognose. Die Blattdesinfektion durch gezielte Blattdüngung erhält und stärkt die Stoffwechselprozesse der Pflanze, wodurch Milieus für Fremdorganismen, bzw. bereits die Ursachen ihrer Entstehung bekämpft werden.

Die Maßnahmen der vollständigen Vermeidung aller Pestizide, auch Biopestizide und die Berücksichtigung biologischer, biotechnischer, pflanzenzüchterischer sowie anbau- und kulturtechnischer Pflanzenbaumaßnahmen - erhalten die Lebensgrundlagen, sind so nachhaltig ökologisch und ertragreich. Durch die einseitige, auf Kunstdünger, Maschinenbearbeitbarkeit und Pestizideinsatz ausgerichtete Praxis haben sich viele Problemfelder aufgetan, die gar nicht hätten erst entstehen dürfen.

Die Schäden durch Nitrat im Grundwasser, bundesweite Pestizidkontaminationen und Gülleverklappungen, sichtbar u.a. am in der Bundesrepublik Deutschland ausgeprägten Artensterben, sind kaum noch abschätzbar.

Biosalat ohne Biopestizide, Kupfer oder dubiose Mikroorganismen.

Mit Branntkalk im Stall konservierte Gülle wird Harnstoff effektiv auf Dauer konserviert, somit kein Ferntransport von Stickstoffdüngern und Mikroorganismen in Wälder oder ökologisch sensible Flächen. Keine krankmachende Gülle mehr.

Kalkausbringung auf einem Erdbeerfeld mit elektrostatischer Stäubetechnik, somit wenig Abdrift

Kann die Blattdüngung mit Löschkalk und Branntkalk sogar eine Hilfe zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners sein?

Durch Blattdüngung mit Branntkalk bzw. Löschkalk und danach gesünderen Bäumen können die Eichenprozessionsspinner frühzeitig unter der Schadensschwelle gehalten werden. Weiter können mit Blattdüngung mit magnesiumhaltigem Branntkalk oder Löschkalk auch alle Bakteriosen (Feuerbrand, Bakterienbrand, 'Frostschäden') und Pilzerkrankungen unter der Schadensschwelle gehalten werden.

Durch den Branntkalk werden auch vorhandene Härchen des Eichenprozessionsspinners (Eiweissstoffe) denaturiert. Ein Problem hierbei ist allerdings, wenn im Umkreis von 300 m um den behandelten Baum Eichen oder Hainbuchen stehen, von denen nach einer Behandlung erneut Raupen zugeweht werden können. Genau deshalb sollten Gemeinden gemeinsam zum Löschen bzw. Behandeln gehen bzw. es gemeinsam vergeben.

Herzlichst

Ihr

Dipl.-Ing.(FH)
Jörg Dürrbeck

Bilder mit freundlicher Genehmigung durch Dr. Friedhelm Berger vom Umweltbund e.V.

Erlebnisräume für Kinder in Roßtal

Manch einer stellt sich vielleicht die Frage:

Brauchen wir noch einen Spielplatz!?

Diese Frage kann man ganz klar mit einem lauten **JA** beantworten!

Wir wollen ein Bewegungs- und Aufenthaltsangebot für die ganze Familie in einem Waldbereich schaffen.

Seitdem wir über diese Möglichkeit nachdenken, lesen wir in den örtlichen Zeitungen vermehrt Schlagzeilen wie:

„Unter Bäumen auf Entdeckungsreise“

„Ein neuer Waldlehrpfad lädt zur Entdeckungstour ein“

und wir sind begeistert!

Mit **http.//draussensein.umweltbildung-lkr-fuerth.de** ist schon viel auf den Weg gebracht worden! Viele Kommunen im Landkreis Fürth, natürlich auch der Markt Roßtal beteiligen sich hier mit finanzieller Unterstützung. Es lohnt sich, diese Seite zu besuchen!

Ja, es ist schon viel passiert in diesem Bereich!

Unsere Kinder brauchen Bewegungsräume draußen.

Schauen wir uns den Tagesablauf unserer Kinder an:

Besuch Krippe / Kindergarten / Schule / Hort / Mittagsbetreuung… alles in geregelten Zeitabläufen und immer mit vielen anderen Kindern zusammen.

Die persönlichen Freiräume und die Freizeit für unsere Kinder sind immer kürzer getaktet.

Wir haben viele Spielplätze in Roßtal.

Hier wollen wir zusammen mit Kindern und Eltern genau drauf schauen, ob sie noch genutzt werden, ob sie dem Bewegungsdrang unserer Kinder noch entsprechen, ob sie saniert, aufgewertet oder vielleicht auch nicht mehr an dieser Stelle gebraucht werden.

Und ein neuer Spielplatz, man könnte auch sagen, ein Erlebnisraum in einem Waldbereich steht für uns an erster Stelle!

Haben Sie Anregungen und Ideen? Sprechen Sie uns an!

Renate Kleindl

Birgit Bachmann

Melanie Werthner

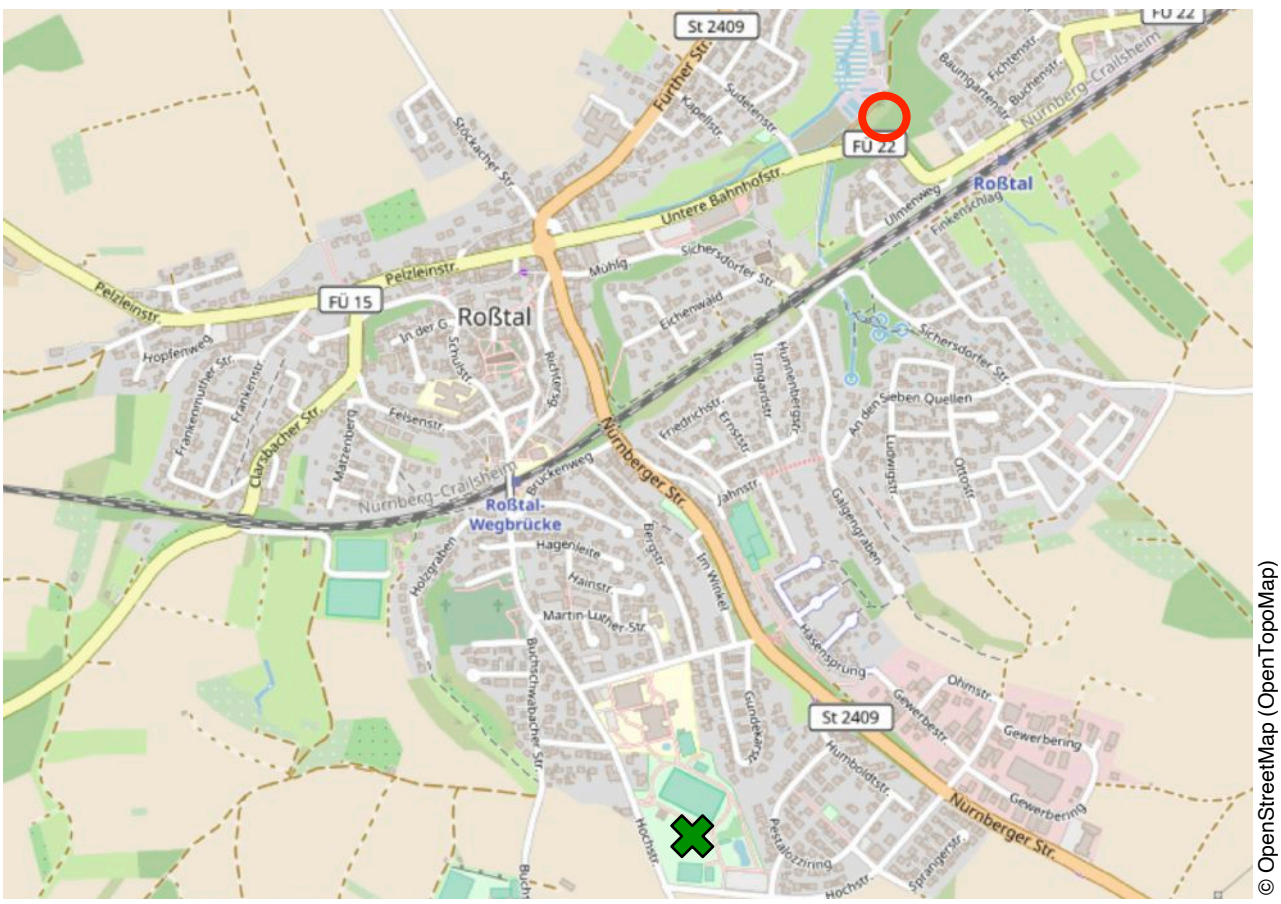
Michaela Genzel

Ein Ort für die Jugend

Von Fabienne Lang

Ob nach der Schule, am späten Abend oder auch am Wochenende, die meisten Jugendlichen verbringen ihre Freizeit am liebsten mit Freunden. Viele treffen sich dazu meist zuhause um dann gemeinsam zu zocken oder einen Film zu schauen. Nach draußen gehen und sich in der Natur zu bewegen rückt immer mehr in den Hintergrund. Dem sollte man entgegenwirken.

In Roßtal bieten sich zum „Abhängen“ oder „Chillen“ aber leider nicht allzu viele Möglichkeiten. Tatsächlich haben wir einen Skaterpark, welcher sich eher versteckt direkt neben der Kläranlage befindet. Um diesen attraktiver und sichtbarer zu machen, könnte man seinen Standort zum Beispiel zum Freizeitgelände neben den Sportplatz der Mittelschule verlegen. Dort gäbe es keinen unangenehmen Geruch und der Skatepark würde mehr im sportlichen Zentrum Roßtals liegen. Ich denke es ist wichtig, den Jugendlichen Orte anzubieten, an denen sie sich wohl fühlen und zu denen sie gerne in ihrer Freizeit gehen. Zugleich aber sollten diese Orte draußen zu finden sein. Der vorhandene Bolzplatz und der Bewegungsparcour sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wären jedoch durch einen solchen Skatepark sehr gut ergänzt. Um diesen Treffpunkt noch attraktiver zu gestalten, könnte man vor Ort Essen und Trinken verkaufen. Anbieten würde sich hierfür beispielsweise ein ehrenamtlich betriebener Kiosk, der 4 bis 5mal die Woche Getränke und Snacks verkauft.



© OpenStreetMap (OpenTopoMap)

= Bisheriger Standort des Skateparks

= Vorgeschlagener Standort des Skateparks

Es grüßt Sie herzlichst

Fabienne Lang

Seit 2019 gibt es den Kindergartenzuschuss

Auch hier gab es zuerst eine Unterschriftensammlung, dann war es aber schließlich eine wichtige Bedingung für die inzwischen sehr erfolgreiche Koalition zwischen den Freien Wählern und der CSU in Bayern. Es war der Wunsch der Freien Wähler, dass die Familien in Bayern entlastet werden. Für viele Familien wird der Kindergarten weitgehend beitragsfrei. Seit Juni 2019 wird der Kindergartenzuschuss von 100 Euro automatisch mit den zu zahlenden Kindergarten-gebühren verrechnet. Da der Zuschuss ab 1. April 2019 gewährt wird, wird dieser rückwirkend vom Freistaat erstattet. Begünstigt sind Eltern mit Kindern in den ersten Kindergartenjahren.

Berechtigungszeitraum ist der Zeitraum zwischen dem ersten September des Jahres, in dem das Kind das dritte Lebensjahr vollendet und der Einschulung. Konkret bedeutet das: Kinder die im Jahr 2018 oder früher das dritte Lebensjahr vollendet haben, erhalten den Beitragszuschuss ab dem April 2019. Kinder, die im Jahr 2019 das dritte Lebensjahr vollenden, erhalten den Zuschuss ab dem 1. September 2019. Es ist auch nicht nötig einen Antrag zu stellen. Die Verrechnung erfolgt automatisch mit den Kindergartengebühren des jeweiligen Trägers.

Und es geht noch weiter. Ab 1. Januar 2020 folgt die Entlastung der 1 bis 3-Jährigen ebenfalls um 100 Euro pro Monat gegen Nachweis von Betreuungskosten (Krippe / Tagesmutter) gegen Antrag.

Herzlichst

Ihr Dr. Walter Zägelein

Marktgemeinderat

1. Vorsitzender
Freie Wähler Roßtal e.V.

FREIE WÄHLER
Bayerns starke Mitte.
Die Kommunalpolitiker.

Das Leben ist die Kunst des Zusammenlebens

Ein Essay von Eber Urzeda dos Santos

Die Sprache beeinflusst die Kultur oder ist es die Kultur, die die Sprache beeinflusst? Die Frage bringt uns zu einem philosophischen Problem, aber es kann auch leicht mit der populären Frage verglichen werden: „Was war zuerst da – Das Ei oder die Henne?" Im Gegensatz zu Eiern und Hühnern können wir sagen, dass sie sich gegenseitig unterstützen und gemeinsam die soziale Dynamik aufbauen und verändern. Was auch immer zuerst da war, die Sprache oder die Kultur und den jeweils anderen dann beeinflusst hat, die Wahrheit ist, dass es beim Erlernen einer Sprache nicht nur darum geht, die Phonetik oder Grammatikregeln auswendig zu lernen und einen guten Wortschatz zu haben: Man muss auch die Kultur lernen.

Neulich bei einem Fußballtraining des TSV Roßtal bekam ich einen Pass von einem deutschen Teamkollegen. Ich schaute nach links und sah einen anderen Teamkollegen, der türkischer Herkunft war. Weil er gedeckt wurde, schaute ich zur rechten Seite und sah einen anderen Gefährten, einen Franzosen. Auch dieser wurde vom Gegner gedeckt, so beschloss ich aufs Tor zu schießen. Dann hob ich den Kopf und schaute auf die Position des gegnerischen Torwarts und sah einen Mexikaner vor mir. Ich schaute auf den Ball und trat hart ... Ob es nun ein Tor wurde, der Torwart den Ball fing oder der Ball vorbeiging: Das ist nicht wichtig. Was ich mit diesem Bild beabsichtige zu erzählen, ist die Tatsache, dass es innerhalb weniger Meter fünf verschiedene Kulturen und Sprachen gab.

So wie es nicht unüblich ist, eine Person zu hören, die auf den Straßen von Roßtal zunächst auf Hochdeutsch kommuniziert und kurze Zeit später in den fränkischen Dialekt wechselt, wenn sie mit Kindern oder Freunden spricht, ist es auch üblich eine Frau oder einen Mann auf Deutsch sprechen zu hören, die dann in ihre Muttersprache wechseln, um mit ihren Kindern oder Ehepartnern zu sprechen.

Dies bedeutet, dass es in Roßtal Dutzende anderer Sprachen und Kulturen gibt. Warum also nicht ein Projekt ins Leben rufen, um die vielen Sprachen und Kulturen, die Teil unserer Mitte sind, zu umfassen? Als eine Form der sozialen Integration, die das Zusammenleben zwischen unseren Bürgern, durch das Teilen von Wissen aus den verschiedenen Kulturen verbessert und unsere intellektuellen Fähigkeiten erweitert, indem wir eine neue Sprache lernen?

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass das Erlernen einer neuen Sprache verschiedene Vorteile bietet, wie z.B.: Verbesserung der beruflichen Beziehungen, Liebesbeziehungen und Freundschaften im Allgemeinen; Stärkung des Vertrauens, in andere Länder zu reisen, um nicht nur Orte, sondern auch Menschen und ihre Kulturen kennen zu lernen; Verbesserung der Kreativität, da beispielsweise zweisprachige Menschen bekanntermaßen kreativer denken als solche, die nur eine Sprache sprechen; Verbesserung der Kenntnisse der eigenen Muttersprache, da das Erlernen einer zweiten Sprache uns veranlasst, die Ursprünge von Wörtern zu entdecken, die Nomenklaturen von Sprachbildungen zu überarbeiten sowie Grammatik- und Vokabelthemen zu überprüfen; Vorbeugen von Gehirnerkrankungen, denn das Lernen neuer Dinge trainiert das Gehirn so wie der Gang ins Fitnessstudio die Muskeln trainiert. Hinsichtlich der geistigen Gesundheit kann das Aktivhalten des Gehirns und das ständige Lernen z. B. die Alzheimer-Krankheit und Demenz verhindern oder zumindest den Ausbruch der ersten Symptome um bis zu vier Jahre verzögern, wie unter anderem das Department of Psychology, University of Toronto, Canada, untersucht hat[1].

Und da das Leben die Kunst des Zusammenlebens ist, warum nicht eine neue Sprache und ihre Kultur lernen: ihre Küche, ihren Tanz, ihre Musik, ihre Geschichte, und schließlich ihre Träume?

[1] BIALYSTOK, E., CRAIK, F.I.M., FREEDMAN, M. Bilingualism as a protection against the onset of symptoms of dementia. Neuropsychology, n. 45, 2007, p. 459-464.

Es grüßt Sie herzlichst

Ihr

Eber Urzeda dos Santos

FREIE WÄHLER

Bauen in Roßtal

Von Prof. Dr. Walter Zägelein

Wir haben viele Bauwillige in Roßtal, darunter überwiegend junge Familien mit Kindern, die gegenüber der Gemeindeverwaltung den Wunsch nach einem Grundstück geäußert haben. Der Drang nach den eigenen vier Wänden scheint ungebrochen zu sein. Trotzdem leben in Deutschland bisher nur ca. 50% der Menschen in der eigenen Immobilie. In anderen Ländern liegt dieser Prozentsatz in der Regel deutlich höher. Der europäische Durchschnitt bei der Wohneigentumsquote liegt bei ca. 70%. Im europäischen Süden sind diese Werte teilweise noch wesentlich höher.

Wie können wir diese Eigenheimquote bei uns erhöhen? Auf die Baupreise und die Konditionen der Baukredite hat eine Gemeinde keinen Einfluss. Wir können nur versuchen das hierfür notwendige Bauland zur Verfügung zu stellen. Aber auch da spielt das Geld eine nicht zu unterschätzende Rolle. Werfen wir mal einen Blick auf den Roßtaler Süden, das zuletzt realisierte Baugebiet. Das Bauland für Einfamilienhäuser wurde seitens der Gemeinde für 235 Euro pro Quadratmeter abgegeben. Dieser Preis setzt sich aus dem Bauland selbst, welches seitens der Gemeinde von den ursprünglichen Besitzern abgekauft wurde und den tatsächlich angefallenen Erschließungskosten zusammen. Die Aufwendungen für die Erschließung mit allem drum und dran waren dabei deutlich höher. Genau genommen betrugen im Roßtaler Süden die Erschließungskosten ein mehrfaches der Kosten für das Land selbst.

Baugebiet "Im Roßtaler Süden"

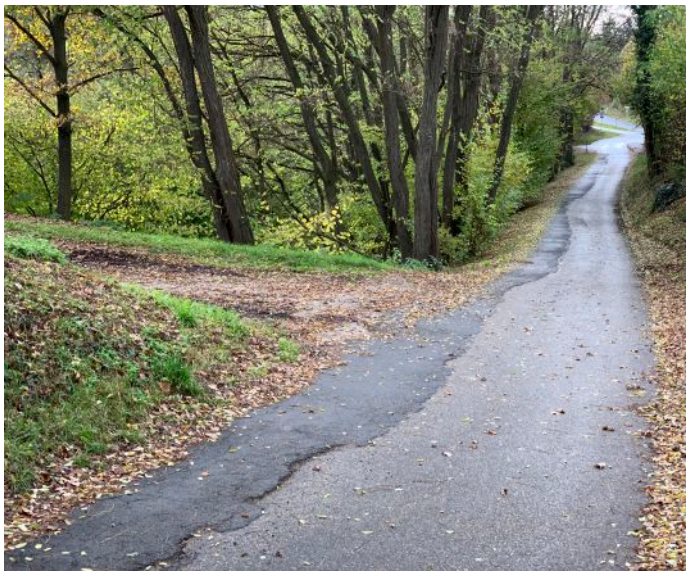
Was für eine Veredelung hat da statt gefunden? In Anbetracht dieser exorbitant hohen Erschließungskosten geht in meinem Kopf ein ganzer Fragenkatalog auf. Wie ist es möglich, dass es z.B. im angrenzenden Ansbacher Landkreis Orte gibt, die Baugrundstücke für knapp 100 Euro komplett erschlossen veräußern? Auch in unserer näheren westlichen Umgebung gibt es das Bauland für rund 130 bis 160 Euro vollkommen erschlossen zu kaufen. Der Sack Zement, der laufende Meter Kanalrohr oder die Benutzung eines Baggers kostet dort doch in etwa das gleiche wie bei uns. Zu erwähnen wäre noch, dass auch bei den Nachbargemeinden, die heute obligatorische getrennte Ableitung von Schmutz- und Oberflächenwasser und eine Regenrückhaltung inbegriffen ist. Woran liegt es also?

Ich erinnere mich noch an den Bau meines eigenen Hauses am Pestalozziring. Da machten die Erschließungskosten etwa ein Viertel bis ein Drittel des Grundstückspreises aus. Das Drittel war seinerzeit in den achtziger Jahren auch die Faustformel für die Erschließungskosten, die zwischenzeitlich offenbar überproportional in die Höhe geschnellt sind. Aber das ist lange her.

Inzwischen liegen die Verhältnisse umgekehrt, d.h. die Erschließungskosten sind merkbar höher als die Kosten für das eigentliche Bauland. Irgendwie läuft da etwas ganz fürchterlich auseinander. Man konnte mir auf meine diesbezügliche Frage auch keine Antwort geben. Nicht einmal eine unbefriedigende. Bei der Planung des Roßtaler Südens war der Verkehrswert für Baugrundstücke bei uns im Kernort unter 200 Euro gelegen. Nach Fertigstellung der Erschließung lag der Grundstückspreis für den Käufer bei 235 Euro. Dabei wurden nur die tatsächlich angefallenen Kosten an die zukünftigen Bauherren weitergegeben. Da der Verkehrswert sich an den tatsächlich getätigten Käufen orientiert, treiben wir diesen durch unser Tun selbst in die Höhe.

Es ist zu befürchten, dass wir auch weiterhin an der Preistreiberei mit verantwortlich sein werden. Eines der nächsten zu erschließenden Baugebiete, das Tuspo-Gelände, wartet mit einigen nicht zu unterschätzenden Besonderheiten auf, die das Ganze voraussichtlich noch deutlich teurer machen werden. Von der Lage her

ist dieses ja eher mehr Sportgelände, denn als Wohngebiet geeignet. Hier werden Lärmschutzmaßnahmen wegen der Nähe zur Bahnlinie nötig und die Straßenzufahrt bedeutet wegen der dort herrschenden schwierigen topologischen Verhältnisse einen erheblichen Zusatzaufwand. Diese Sondermaßnahmen waren im Roßtaler Süden alle nicht nötig. Es ist zu erwarten, dass die dortige Erschließung die



Zufahrt zum Tuspo-Gelände

Links geht es hinuter zum sogenannten "Brünnlein". Dort sammelt sich bei Regen das Wasser von den umliegenden Feldern und Wiesen, welches dann unter die Bahnlinie Richtung Kernort fließt.

Unten befindet sich Fließsand, welcher zur Gründung von Fundamenten schlecht geeignet ist.

Erschließungskosten des Roßtaler Südens deutlich übersteigen werden. Bei ähnlicher Kalkulation müssen wir großes Glück haben, wenn wir die 300 Euro Marke als Kaufpreis für die Bauwilligen nicht reißen. Ein Gewinn ist nicht in Sicht und wird ja von einer Gemeinde, die für ihre Bürger da sein soll, auch nicht erwartet. Aber schon treiben wir wieder den Bodenrichtwert munter weiter selbst in die Höhe. Der Baugrund wurde in diesem Fall zu den gleichen Konditionen wie im Roßtaler Süden von den ursprünglichen Grundbesitzern abgekauft. Das akute Problem bei der Ausweisung von Baugrund scheint ganz allgemein bei den hohen Erschließungskosten zu liegen, wobei speziell beim Tuspo-Gelände noch die oben erwähnten Schwierigkeiten hinzu kommen.

Wenn die Besonderheiten mit den Sportvereinen und der Sportmeile und vor allem deren Finanzierung nicht auf uns lasten würde, wäre voraussichtlich niemand auf die Idee gekommen, dieses Gelände als Bauland auszuweisen. Schließlich sollen dadurch die durch die Gemeinde getätigten Ausgaben für die Sportmeile refinanziert werden. Gemäß unseres Flächennutzungsplans haben wir bei uns noch Baugebiete im Angebot, deren Erschließung sicherlich einfacher und somit günstiger kommen würden. Wir müssen sehr aufpassen, dass wir mit dem Tuspo-Areal nicht in ein Verlustgeschäft hineinschlittern. Als Gemeinde kann man schließlich ein Bauland nicht über den jeweils aktuellen Bodenrichtwert verkaufen. Und diesen Richtwert selbst nach oben zu treiben ist auch keine erstrebenswerte Lösung.

Die Kosten für die Erschließung von Bauland mögen sich gegenüber früher, überproportional durch neu hinzugekommene Vorschriften verteuert haben. Wenn aber andere Gemeinden in unserer näheren Umgebung heute mit einem Betrag von 100 bis maximal 120 Euro für die Erschließung auskommen, dann sollten wir uns dies zumindest auch zum Ziel setzen. Hinzu kommt, dass der in unserem Baulandmodell festgezurrte Preis für Kaufverhandlungen mit den Grundbesitzern eher hinderlich ist. Ein gewisses Maß an Flexibilität sollten wir uns schon bewahren.

Wenn wir unseren Bürgerinnen und Bürgern bezahlbares Bauland anbieten wollen, dann müssen wir unbedingt die Erschließungskosten besser in den Griff bekommen. In diese Richtung sollten alle unsere Anstrengungen gehen. Ein "weiter so" wird es mit den Freien Wähler Roßtal nicht geben.

Herzlichst

Ihr

Dr. Walter Zägelein

WIR PACKEN´S AN - HIER UND JETZT

Lösungsorientiert - Kompetent - Nachhaltig

Glasfaser, VDSL-Vectoring oder LTE – Wege zu schnellem Internet

Von Klaus Grieninger

In Deutschland nutzen mehr als 87% der Bevölkerung das Internet (Quelle: Statistisches Bundesamt 2017). Auch wenn der Internetanschluss mittlerweile zur Grundversorgung zählt, hat noch lange nicht jeder einen Anschluss, der die vorgesehene Nutzung zufriedenstellend gestattet. Wer beruflich auf einen Internetzugang angewiesen ist (home office, Freiberufler etc.), bekommt ein ernsthaftes Problem, wenn die angebotene Geschwindigkeit des Anschlusses für die vorgesehenen Anwendungen nicht ausreichend ist. Für Kommunen ist die Verfügbarkeit ausreichend schneller Internetzugänge mittlerweile zu einer Existenzfrage im Wettbewerb um Firmenansiedlungen und der Attraktivität als Siedlungsgebiet geworden.

Im Folgenden soll ein Überblick über das Internet an sich, die verfügbaren Zugangstechnologien sowie deren Vor- und Nachteile informieren. Abschließend möchte ich auf Förderprogramme zur Schließung von Wirtschaftlichkeitslücken eingehen und die Situation in unserer Marktgemeinde Roßtal darstellen.

Was landläufig mit dem Synonym Internet bezeichnet wird, ist ein gigantischer weltweiter Verbund von Rechnernetzwerken, der die Nutzung diverser Internetdienste (u.a. www, E-Mail, ftp, Telnet) mit all ihren Anwendungen möglich macht. Der Vorläufer des heutigen Internets war das „ARPANET“ (Advanced Research Projects Agency), das ab 1968 unter der Leitung des Massachusetts (MIT) und des US-Verteidigungsministerium entwickelt wurde; es verband u.a. amerikanische Universitäten und militärische Dienststellen. Aufgrund seiner paketvermittelnden (packet switching) und dezentralen Struktur war das Netz gegen Ausfall einzelner Netzkomponenten unempfindlich (redundant).

1981 wurden die auch heute noch gültigen Spezifikationen für Ipv4 (Adresssystem) und TCP (Übertragungsprotokoll) geschaffen und der Name Internet begann sich durchzusetzen. In der Folgezeit verbreitete sich das Netz über immer mehr Universitäten und auch über die USA hinaus. Ab 1990 wurde das Internet schließlich kommerzialisiert und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Internet gilt als eine der größten Veränderungen des Informationswesens seit der Erfindung des Buchdrucks. Im Jahr 2013 hat der Bundesgerichtshof erklärt, dass das Internet zur Lebensgrundlage von Privatpersonen gehört.

Bestandteile des heutigen Internets sind zum einen die große Zahl von Servern, auf denen abrufbare Inhalte und Nutzerdaten gespeichert werden, E-mails vorgehalten und zahlreiche weitere Dienste ermöglicht werden, zum anderen ein weitverzweigtes und vermaschtes Datennetz, das den Austausch von Daten u.a. zwischen Servern und Nutzern (clients) ermöglicht. Das Datennetz wiederum besteht aus Transportwegen (Leitungen) sowie Router und Switches, die u.a. in den Knotenpunkten des Netzes die „Datenpakete“ verteilen und lenken. Damit die Übertragung korrekt funktioniert, läuft alles nach den einheitlichen Regeln des Internet Protokolls (IP) ab. Weiterhin sorgt z.B. das Domain Name System (DNS) dafür, dass ein vom Nutzer eingegebener merkbarer Domainname, (z.B. www.fw-rosstal.de) in die zugeordnete IP-Adresse gemäß iPv4 bzw. iPv6 umgesetzt wird, über die das System weltweit den Server ansteuern kann, auf dem die gewünschten Inhalte liegen.

Die Infrastruktur des Internets (Server, Übertragungswege, Netzknoten, Teilnehmerzugangspunkte) wird u.a. von Telekommunikationsunternehmen sowie von Anbietern von Diensten und Inhalten errichtet und betrieben. Damit man als Abonnent Zugang zum Internet bekommt, benötigt man selbst eine IP-Adresse und eine Datenleitung zu einem der Zugangspunkte (POP).

Bild 1: Struktur des ARPANET 1980 (Quelle: University of North Texas)

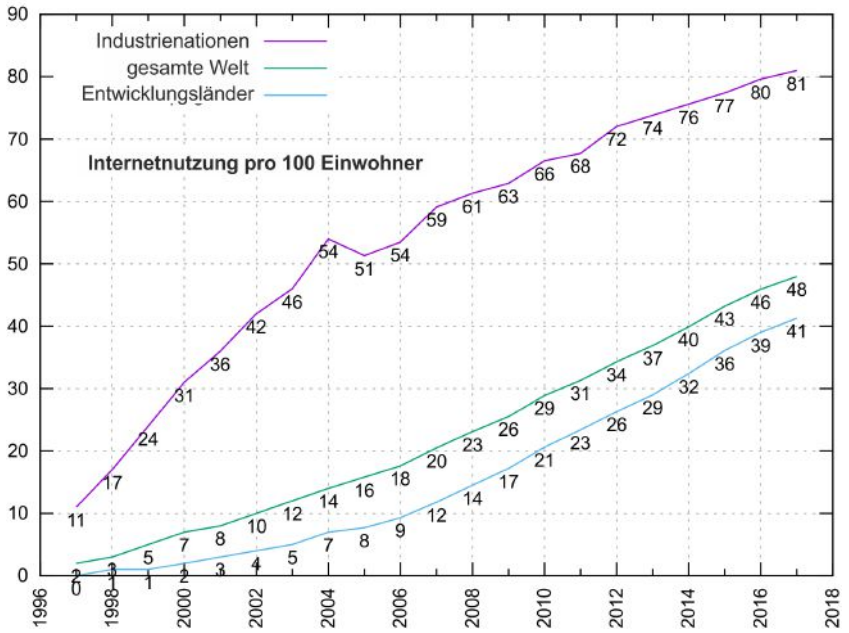


Bild 2: Internetnutzung (Wikimedia Commons)

In der Regel bekommt man seine Zugangskennung von einem Serviceprovider, der auch den Telefonanschluss zur Verfügung stellt, wobei dann beide Anschlüsse über die gleiche Leitung laufen.

Während die übergeordneten Komponenten des Internets über Datenleitungen hoher Kapazität (Backbone Netzwerke, heute meist Lichtwellenleiter) untereinander verbunden sind, ist die Situation bei den Teilnehmeranschlussleitungen wesentlich heterogener. Einige von Ihnen werden sich noch an Modems erinnern, mit denen man sich über die analoge Telefonleitung in einen der Zugangspunkte einwählen musste.

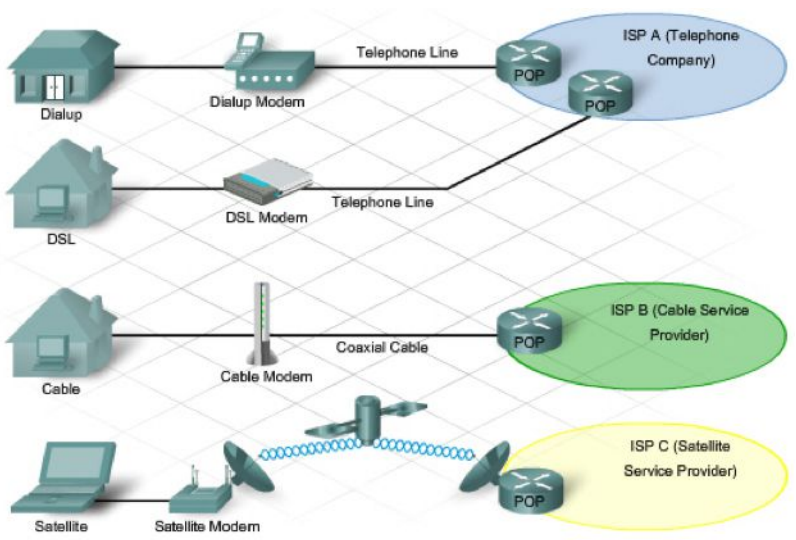


Bild 3: Typische Verbindung zum Internet bei Privatanschlüssen (Wikimedia Commons)

Bei guter Leitungsqualität ließ sich damit ein Datendurchsatz von bis zu 56 kBit/s erreichen, meist jedoch deutlich weniger. Mit ISDN stand dann in Deutschland erstmals ab 1989 eine digitale Technologie zur Verfügung, die es zuverlässig gestattete, über die herkömmliche Telefonleitung zwei Kanäle mit jeweils 64 kBit/s für Telefonie und Datenübertragung zu nutzen. Das war für die damaligen Anwendungen mehr als ausreichend.

Ab 1999 wurde DSL (Digital Subscriber Line) eingeführt. Damit konnte parallel zum Telefon eine unabhängige Nutzung der Telefonleitung zur Datenübertragung mit 768 kBit/s erfolgen. In den Folgejahren wurde die Datenrate bis auf 16.000 kBit/s erhöht, das ging dann allerdings auf Kosten der Reichweite. Denn abhängig von der Qualität eines eigentlich für Telefonie dimensionierten Kabels verringert sich die übertragbare Datenrate mit zunehmender Länge der Leitung. Das ist physikalisch bedingt und wird durch die stärkere Dämpfung höherer Frequenzen und der gegenseitigen Beeinflussung (Übersprechen) benachbarter Doppeladern im Kabel verursacht. Da die Teilnehmeranschlussleitungen meist bis zur Vermittlungsstelle in den Kernorten laufen, summieren sich bei Netzausläufern die Leitungslängen und führen zu entsprechend reduzierten Datenraten.

Mit der endgültigen Ablösung der analogen Telefonie und auch von ISDN durch „Voice-over- IP“ wurde das gesamte Telefonnetz in den letzten Jahren auf neue Beine gestellt. Damit gibt es nur noch eine digitale Teilnehmeranschlussleitung z.B. nach dem Standard VDSL2 welche Telefonie, TV und Datendienste ermöglicht. Unter der Nutzung einer als VDSL2-Vectoring bezeichneten Technik gestattet diese eine Steigerung der Datenraten auf bis zu ca. 100.000 kBit/s (= 100 MBit/s), mit Supervectoring sogar bis 250 MBit/s. Diese Datenraten beziehen sich auf den Downlink, also die Übertragungsrichtung zum Kunden. Im Uplink ist die mögliche Geschwindigkeit meist niedriger. Diese Anschlüsse nennt man daher asymmetrisch.

Damit die Teilnehmer von den hohen möglichen Datenraten profitieren, muss die Länge der kupfernen Teilnehmeranschlussleitungen möglichst kurz gehalten werden. Dies erreicht man durch dezentrale und kundennahe Umsetzung der Datenströme an geeigneten Verzweigungspunkten des Ortskabelnetzes. Dazu dient der MSAN (Multi Ser-

vice Access Node, in Multifunktionsgehäuse, MFG untergebracht), erkennbar als größerer grauer Schrank am Straßenrand. Der MSAN selbst ist über Glasfasern an übergeordnete Netzelemente angebunden; diese

Bild 4: Multifunktionsgehäuse mit MSAN (Foto privat)

Variante des Teilnehmerzugangs wird auch als FTTC (Fiber to the Curb) bezeichnet.

Lichtwellenleiter (LWL, Glasfaser) werden schon seit Jahrzehnten zur optischen Datenübertragung genutzt. Das erste funktionsfähige System (Prinzip: Laserdiode – Glasfaser – Photodiode) wurde 1965 von Manfred Börner, einem deutschen Physiker erfunden. Nachdem es ab 1970 gelang, die Glasfasern in der erforderlichen Reinheit und damit Transparenz herzustellen, substituierten LWL aufgrund der Vorteile schnell die damals etablierten Techniken in der Fernübertragung. In den 1990er Jahren wurde die Nutzung von LWL als Teilnehmeranschlussleitung in Pilotprojekten (z.B. OPAL)

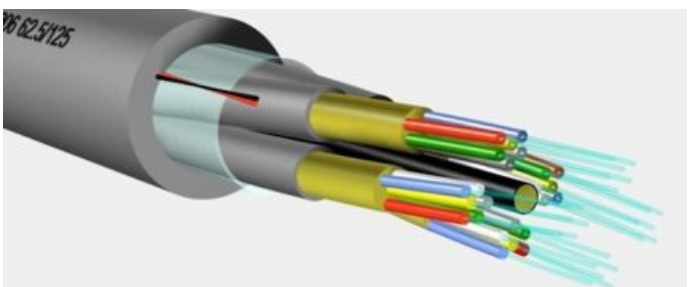


Bild 5: Glasfaserkabel (Wikimedia Commons)

getestet. Gegen die aufkommende DSL-Technik konnte sie sich damals jedoch nicht auf breiter Front durchsetzen.

Bei einem Glasfaseranschluss wird der LWL bis in die Keller von Gebäuden, heute oft sogar bis in die Wohnungen geführt. Diese Varianten bezeichnet man als FTTB bzw. FTTH (Fiber to the Building / Home). Am Glasfasermodem erfolgt dann ein Übergang auf Kupferkabel (z.B. Ethernet). Damit sind Bandbreiten bis in den GBit/s-Bereich auch über größere Distanzen bei Netzausläufern zuverlässig möglich. In größeren Neubaugebieten werden Teilnehmeranschlüsse heute nur noch als FTTB oder FTTH realisiert. Doch wie sieht es in Bestandsgebieten aus? In dieser Frage scheiden sich die Auffassungen der gegenwärtigen Betreiber von Anschlussnetzen und denen, die es werden wollen. Das sind meist Unternehmen aus den Bereichen Telekommunikation, Kabelfernsehen, Energieversorgung und kommunale Betriebe. Während einige Anbieter mit dem Ausbau von Glasfasern bis zum Teilnehmer werben und hohe Datenraten anpreisen, setzen andere z.B. auf VDSL2-Vektoring und nutzen für die „letzte Meile“ die vorhandenen Kupferkabel (FTTC). Sofern man als Privatnutzer mit Datenraten bis ca. 100 MBit/s auskommt, spielt die Anschlusstechnologie eine untergeordnete Rolle. Bei Firmenanschlüssen mit höheren Anforderungen an die Bandbreite bietet ein symmetrischer Glasfaseranschluss jedoch unbestreitbare Vorteile und ist vielfach unabdingbar. In diesen Fällen sind die Anschlusskosten meist nebensächlich.

In Bezug auf Privathauhalte zeigt die Erfahrung jedoch, dass sich nur ein moderater Anteil der anschlussfähigen Haushalte für einen Glasfaseranschluss entscheiden, weil viele mit der bestehenden VDSL-Bandbreite auskommen und nicht bereit sind, höhere Kosten zu verauslagen. Der Aufwand für die Installation ist beträchtlich, meist bedingt es umfangreiche Tiefbauarbeiten, um in jedes Gebäude mindestens das Leerrohr für die Glasfaser zu führen. Dies ist für einen Anbieter nur lukrativ, wenn sich etwa die Hälfte der Haushalte dann auch anschließen lassen. Ein weiteres Problem, das einen schnellen flächendeckenden Glasfaserausbau bis in die Häuser hemmt, sind die beschränkten Kapazitäten der Tiefbaufirmen; diese sind bereits jetzt auf Jahre hinaus praktisch ausgebucht. Neuere Verlegeverfahren (Trenching, horizontales Spühlbohrverfahren, etc.) können den Grabungsaufwand mindern, sind aber nicht überall anwendbar.

Es bleibt anzumerken, dass auch in VDSL-Ausbaugebieten ausgehend von einem MSAN bei Bedarf Glasfaseranschlüsse zu Teilnehmern geschaltet werden können. Der Aufwand richtet sich im Einzelfall danach, ob Leerrohre vorhanden sind oder in größerem Umfang aufgegraben werden muss.

Bei einer weiteren Variante des Teilnehmeranschlusses wird ein ggf. vorhandenes Kabel-TV-Netz genutzt, um die „letzte Meile“ zum Teilnehmer zu überbrücken. Dabei werden die in die Häuser verlegten

Koaxialkabel neben der Übertragung von TV-Programmen auch für den Internetanschluss und für Telefonie genutzt. Ähnlich wie bei VDSL erfolgt dabei die Anbindung der Einspeisepunkte an übergeordnete Netzstrukturen über LWL (FTTC). Nachteil dieser Technik ist, dass sich viele Nutzer das Koaxialkabel als „shared medium“ teilen müssen. Die an sich erzielbaren hohen Datenraten sind daher zu relativieren. Größere Verbreitung hat diese Technik u.a. bei Betreibern von Kabelfernsehnetzen in Kooperation mit großen Wohnungsbaugenossenschaften gefunden, da hierbei auch die innerhalb der Wohnblöcke verlegten TV-Kabel als Zugang zu den Abonnenten genutzt werden.

Mit Einführung der LTE-Technik (4G) standen ab ca. 2012 auch im Mobilfunk ausreichende Bandbreiten zur Verfügung, um Internetzugänge auf diesem Wege zu realisieren. Entsprechende Produkte werden von Mobilfunknetzbetreibern speziell für ländliche (zersiedelte) Gebiete angeboten, für die ein leitungsgebundener Zugang ausreichender Datenrate nur mit hohem Aufwand möglich ist. Mit Hybridangeboten, die den Festnetzanschluss mit LTE kombinieren, kann die nutzbare Bandbreite aufgestockt werden. Hierbei ist es allerdings wichtig, am Aufstellungsort des LTE-(Hybrid-) Routers ein ausreichendes Empfangssignal sicherzustellen oder eine externe Richtantenne zu verwenden.

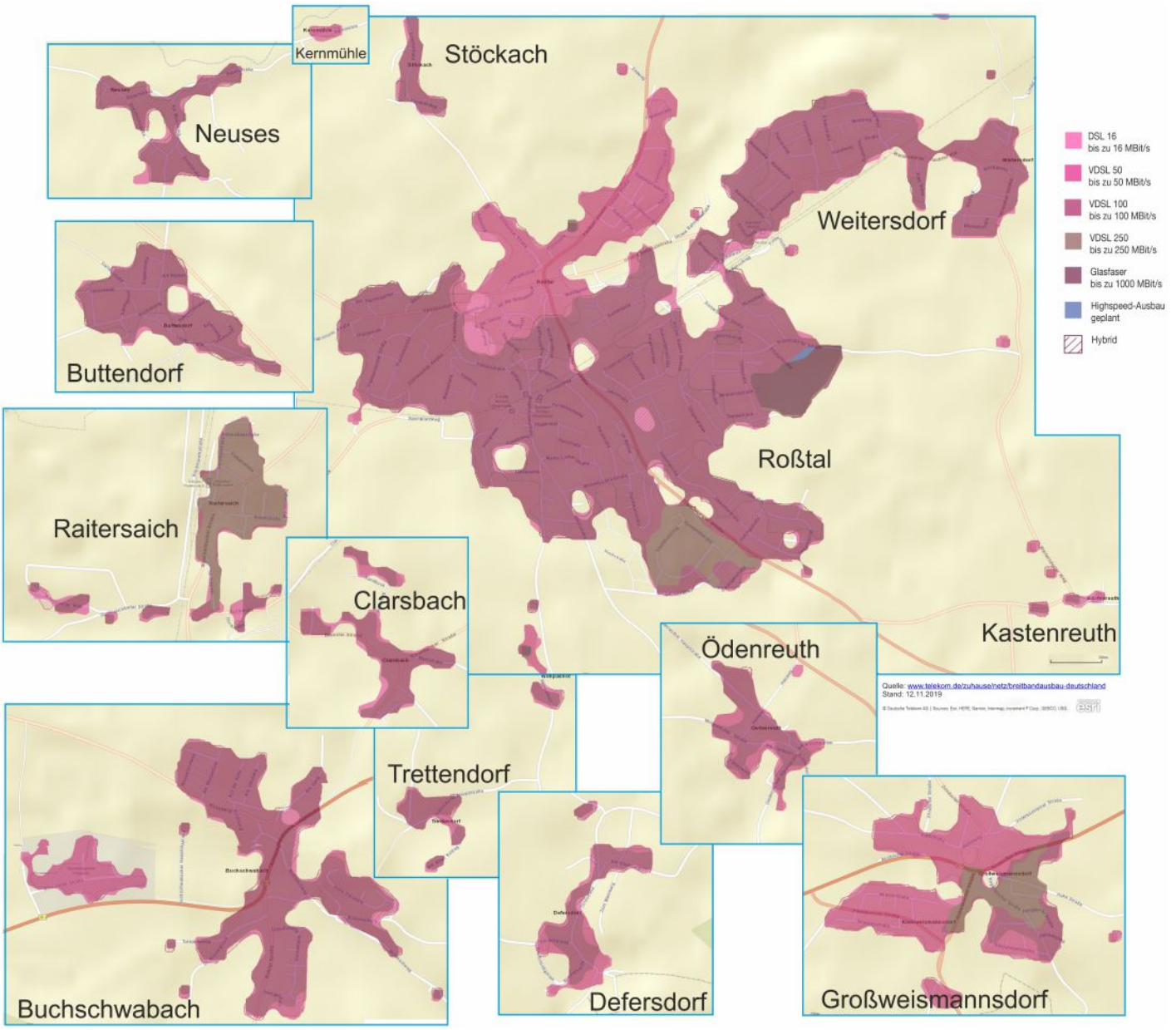
Auf weitere Anschlusstechniken über WLAN-Linkstrecken, WIMAX oder per Satellit möchte ich hier nicht weiter eingehen; diese sind heute weitgehend unbedeutend.

Während in größeren Städten meist mehrere konkurrierende Anbieter parallel auftreten, kann man auf dem Lande schon froh sein, wenn sich wenigstens ein Anbieter findet, der schnelle Internetanschlüsse zur Verfügung stellt. Gerade in kleineren Gemeinden mit vielen Nebenorten ist ein Ausbau wirtschaftlich wenig lukrativ und oft nur durch Zuschüsse möglich. Damit eine Internetversorgung auch auf dem flachen Land realisierbar ist, wurden diverse Förderprogramme aufgelegt. So startete die Deutsche Telekom bereits 2008 die Initiative „mehr Breitband für Deutschland“, um unter Inanspruchnahme öffentlicher Fördergelder einen Breitbandausbau auch in Gebieten voranzutreiben in denen dieser eigenwirtschaftlich nicht möglich wäre. 2015 wurde das Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau vom Bundeskabinett beschlossen und 2018 durch eine Novelle aktualisiert. Der Freistaat Bayern war bei der Breitbandförderung einer der Vorreiter in Deutschland und fördert den Ausbau seit 2012. In der aktuellen Richtlinie zur Förderung des Aufbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen im Freistaat Bayern (BbR) heißt es u.a.: *„Die Förderung erfolgt in Form eines Zuschusses zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke eines Netzbetreibers. Dies bedeutet, dass die Investitionskosten für Breitband-Anschlüsse gefördert werden, die sich in der Wirtschaftlichkeitsberechnung der Netzbetreiber bei marktkonformen Endkundenpreisen für die Nutzer durch Einnahmen nicht decken lassen.“* Die Fördersätze sind abhängig von bestimmten Strukturindikatoren und betragen 60%, 70% oder 80%, in Härtefällen bis 90%. Der Förderbetrag kann durch Kredite der LfA-Förderbank Bayern ergänzt werden. Zudem profitieren Kommunen mit vielen Streusiedlungen seit Juli 2017 vom „Höfebonus“, sofern entsprechende Anschlüsse zu 80% als FTTB realisiert werden.

Um an der Förderung zu partizipieren, haben die Kommunen ein festgelegtes Verfahren zu durchlaufen, bestehend aus Bestandsaufnahme, Markterkundung, Auswahlverfahren, an dessen Ende ein Förderbescheid steht. Auf dieser Grundlage kann dann der Kooperationsvertrag mit dem ausgewählten Anbieter abgeschlossen werden. Die Anforderungen an die Bandbreite der geförderten Anschlüsse haben sich im Laufe der Jahre geändert. Zu Beginn der Förderung wurden bereits Anschlüsse mit 6 MBit/s gefördert, heute liegt die Messlatte mit >50 MBit/s deutlich höher. Nach Information des „Bayerischen Breitbandzentrums“ befinden sich aktuell 98% der Bayerischen Kommunen im Förderverfahren.

Für den Markt Roßtal ist ein Förderverfahren bereits 2015 eingeleitet worden, zugunsten eines Anbieters, der einen VDSL2-Ausbau mit Vectoring vorsah. Mit dem Aufbau von 32 Multifunktionsgehäusen und der Verlegung von ca. 25 km Glasfaserkabel wurde dieser Ausbau mittlerweile abgeschlossen und erreicht eine fast vollständige Abdeckung der bebauten Flächen des Gemeindegebietes mit 50 MBit/s. Bezogen auf 100 MBit/s beträgt der Versorgungsgrad geschätzt etwa 80%. (siehe Graphik). Das Neubaugebiet „im Roßtaler Süden“ wurde in Glasfaser erschlossen. Bemerkenswert sind zudem drei Gebiete in Raitersaich, Großweismannsdorf und der Bereich um den Pestalozziring in Roßtal, in denen bereits Supervectoring mit 250 MBit/s verfügbar ist. Es wäre interessant zu wissen, wie groß der Teil der Haushalte ist, die diese Angebote dann auch wirklich gebucht haben.

Mittlerweile hat sich der Markt Roßtal an einem 2. Förderverfahren beteiligt, das mit Bekanntmachung der Auswahlentscheidung vom 7.3.2019 die Erschließung von Streusiedlungen und Restlücken im Gemeindegebiet mit Bandbreiten > 150 MBit/s durch Telekom Deutschland GmbH vorsieht. Die insgesamt 17 Erschließungsgebiete umfassen u.a. Herboldshof, Kern-



mühle, Sportmeile, verschiedene Aussiedlerhöfe und kommunale Einrichtungen (Kläranlagen, Wasserwerke). Es ist davon auszugehen, dass diese Ausbaugebiete weitestgehend mit FTTB erschlossen werden. Mit Abschluss dieser Maßnahme besteht für das Gebiet der Marktgemeinde Roßtal die komfortable Situation einer 100%igen Abdeckung aller bebauten Flächen mit, nach heutigen Gesichtspunkten ausreichend schnellem Internet.

Dies ist für uns allerdings kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Die Anforderungen an die erforderlichen Bandbreiten werden mit der zu erwartenden Verbreitung datenhungriger Anwendungen weiter steigen und in FTTC-Versorgungsgebieten successive Nachbesserungen und schließlich FTTB, also Glasfasern bis in die Gebäude erforderlich machen. Wir als Freie Wähler werden uns dafür einsetzen, dass Internetzugänge auf dem Gebiet der Marktgemeinde Roßtal auch in den kommenden Jahren den steigenden Anforderungen jederzeit gerecht werden.

Quellen:

https://de.wikipedia.org/wiki/Internet
https://www.schnelles-internet-in-bayern.de/
https://www.telekom.de/zuhause/netz/breitbandausbau-deutschland
https://rosstal.de/Breitbandausbau.n189.html

Abkürzungen / Glossar:

LWL	Lichtwellenleiter, auch Glasfaser genannt
DSL	Digital Subscriber Line, digitale Zugangstechnologie für Teilnehmeranschlussleitungen
VDSL	Weiterentwicklung von DSL
Vectoring	Verfahren zur Verbesserung von Reichweite und Datenrate bei VDSL-Leitungen
LTE	Mobilfunktechnik der 4. Generation
IP	Internet Protokoll
URL	Uniform resource Locator; Domain Name; Bezeichnung einer Internetressource
Bit	kleinste Informationseinheit in der Datentechnik
DNS	Domain Name System; löst eine URL in eine IP-Adresse auf
ISDN	Integrated Services Digital Network, universelle Zugangstechnologie, mittlerweile veraltet
OPAL	Optical Access Line = optische Teilnehmeranschlussleitung der ersten Generation
MFG	Multifunktionsgehäuse; beinhaltet den MSAN
MSAN	Multi Service Access Node; Universeller Zugangspunkt für Teilnehmerdienste
FTTH	Fiber to the Home = Glasfaser bis in die Wohnung
FTTB	Fiber to the Building = Glasfaser bis ins Haus
FTTC	Fiber to the Curb = Glasfaser bis zum MFG
POP	Point of presence = Netzknotenpunkt
ISP	Internet Service Provider
TCP	Transfer Control Protocol = Verfahren für Datenübertragung

Zusammenfassung für den eiligen Leser:

Das Internet gilt als eine der größten Veränderungen des Informationswesens seit der Erfindung des Buchdrucks. Im Jahr 2013 hat der Bundesgerichtshof erklärt, dass das Internet zur Lebensgrundlage von Privatpersonen gehört. Die Verfügbarkeit ausreichend schneller Internetanschlüsse ist für Kommunen zu einer Existenzfrage im Wettbewerb um Firmenansiedlungen und der Attraktivität von Siedlungsgebieten geworden.

Teilnehmerzugänge für das Internet werden in verschiedenen Technologien realisiert.

Unter Ausnutzung der vorhandenen Kupferleitungen zu den Häusern können diese mit einer als VDSL2-Vectoring genannten Technik betrieben werden. Damit sind Bandbreiten bis über 100 MBit/s möglich. Dies erfordert eine kundennahe Umsetzung der Daten auf Glasfaser (FTTC) durch den MSAN (grauer Schrank), der an geeigneten Verzweigungspunkten des Kabelnetzes aufgestellt wird.

Bei neueren Konzepten werden die Glasfasern bis in die Gebäude (FTTB) oder bis in die Wohnungen (FTTH) geführt. Damit sind zukunftssicher Datenraten bis in den GBit/s-Bereich möglich. Nachteil ist die kostenaufwendige nachträgliche Verlegung der Glasfaserkabel bis in die Häuser, mit umfangreichen Tiefbauarbeiten. Aufgrund ausgebuchter Kapazitäten der Tiefbauunternehmen ist ein flächendeckender Glasfaserausbau kurzfristig kaum möglich, zudem verzichten viele Teilnehmer aus Kostengründen dann doch auf die Vorteile der Glasfaser.

Da ein eigenwirtschaftlicher Ausbau schneller Internetanschlüsse auf dem flachen Land für die Anbieter oft nicht möglich ist, wurden Förderprogramme aufgesetzt, welche die Wirtschaftlichkeitslücke schließen sollen. In der aktuellen Richtlinie zur Förderung des Aufbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen im Freistaat Bayern (BbR) sind Randbedingungen und Verfahren einer Förderung geregelt.

Die Marktgemeinde Roßtal hat die Förderung bereits 2015 wahrgenommen. Der Aufbau der Infrastuktur mit VDSL2-Vecoring ist mittlerweile abgeschlossen und stellt 50 MBit/s für fast 100% der bebauten Flächen zur Verfügung. 100 MBit/s sind immerhin noch auf ca. 80% verfügbar. Durch die Teilnahme an einem 2. Förderverfahren sichert sich die Marktgemeinde Roßtal die Erschließung von Streusiedlungen und Restlücken. Nach Abschluss dieses Projektes kann Roßtal mit einer 100%igen Versorgung des Marktgemeindegebietes mit schnellem Internet aufwarten.

Die Anforderungen an die erforderlichen Bandbreiten werden zukünftig weiter steigen und Nachbesserungen bis hin zu FTTB, also Glasfasern in die Gebäude erforderlich machen. Wir als Freie Wähler werden uns dafür einsetzen, dass Internetzugänge auf dem Gebiet der Marktgemeinde Roßtal auch in den kommenden Jahren den steigenden Anforderungen jederzeit gerecht werden.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Klaus Grieninger

Erstes Bürger-Lasten-E-Bike für Roßtal

von Hartmut Igel

Liebe Roßtalerinnen und liebe Roßtaler,

NEIN, es war keine beliebige Nacht- und Nebelaktion, sondern eine mustergültige, positive Geschichte vom Anfang bis zum aktuellem Zwischenstand.

In vielen deutschen Städten, mit in aller Regel intensivem Verkehr, ist dieses neue Transportmittel schon stark integriert und oft sogar regional öffentlich gefördert. Aber auch in kleineren Kommunen sind E-Lastenfahrräder mit bis zu 100 kg Zuladung immer öfter zu sehen. In Roßtal rollen aktuell immerhin schon acht dieser Räder.

So kam die Idee für ein Bürger-E-Lastenfahrrad aus der Gruppe "Roßtal bewegt sich", weitergereift im Unterausschuss Agenda 21 unter der Leitung von Frau Barbara Schröder und ich als Fahrradbeauftragter des Maktes Roßtal habe auch sehr gerne individuell mit angeschoben.

Der absolute Höhepunkt und eine ganz starke Leistung aller Fraktionen war jedoch am 5. November 2019 der einheitliche JA-Gemeinderatsbeschluss mit 21:0 Stimmen! Davor ziehe ich meinen Hut, großes Kompliment.

Aufgrund der Lieferfrist wird das Rad erst im März 2020 einsatzfähig sein, seien Sie mutig, steigen Sie auf (den Sattel). Gerne nenne ich heute schon mal eine kleine Auswahl an Nutzungsmöglichkeiten: Kleinkindertransport, Lebensmitteleinkauf und Transport von Kleingütern, Tages- bzw. Mehrtagesausfahrt bzw. Ausflug / Urlaub, Getränkekästeneinkauf, Handwerker-Arbeitsfahrt plus Werkzeugmitnahme, Altkleider-, Altpapier- und Altglastransport, Fahrt zum Friedhof zur Grabpflege, Waldbesitzer und Landwirte zur Flur Sichtung, usw.

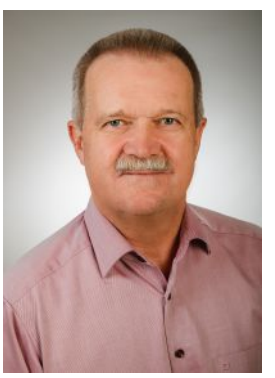
100 Punkte für die schöne Geschichte, die ich zuletzt auf einem ganz netten Bild sah. Ein sportlicher Bräutigam fährt seine liebe Braut im hübschen Kleid nach der Hochzeit mit dem Lasten E-Bike gemütlich, froh, stolz und freudig nach Hause. Glück fängt oft ganz klein und einfach an.

Gute, unfallfreie und glückliche Fahrt mit dem neuen Rad an alle mutigen künftigen Nutzer.

Euer

Fahrradbeauftragter

Hartmut Igel



Bürger-Lasten-E-Bike für Roßtal

Haushalt und Finanzen 2019

Ein Gedicht von Hartmut Igel

Liebe Roßtalerinnen und Roßtaler,

die Haushaltszahlen 2019 sind wieder spannend, gerne von mir dieses mal im Reim,
nicht ganz so trocken und nüchtern, aufgelockert, nicht nur nackte Zahlen ganz allein.

Nach mehreren Jahren der Entschuldung, darüber bei allen im GMR die Freude sehr,
werden leider zum 31. Dez. 2019 unsere Verbindlichkeiten wieder um 2 Mill. Euro mehr.

Das sind pro Bürger im Saldo 1.375 €! Wir sind uns einig, keine Note 1 mit Stern
zum Vergleich 725 € sind es in Großhabersdorf und genau 1.000 € in Bayern.

Blickt man in der Finanzaktualität und Entwicklung noch eine weitere Stufe nach oben,
dürfen wir die Bundesfinanzen ganz ehrlich und nach Jahren endlich mal wieder loben.

Zum Ende diesen Jahres ist die deutsche Staatsschulden-Quote wieder voll im Lot
mit 59,x %, denn 60% des BIP (Brutto Inlands Produkt) lautet die Formel / das Gebot.

2010 war der echte Tiefpunkt erreicht, nach den Banken- und weltweiten Finanzkrisen,
die Bundesfinanzen waren mit sanktionsreifen 81% des BIP voll in den Miesen.

Mit NULLZINS Politik, guten Konjunkturjahren und deutlichen Haushaltsüberschüssen,
konnte Berlin teilweise stolz, uns immer wieder mit einer schwarzen NULL grüßen.

Die Staatsschulden-Bremse zeigt seit Beschluss / Einführung 2011 positive Wirkung.
Dazu kommt, die Föderalismus-Kommission hält das Zahlenwerk zusätzlich in Schwung.

Ab 2020 gilt für die Bundesländer gesamt ein Gebot zur Vermeidung neuer Schulden,
der Freistaat Bayern will sogar bis 2030 alle alten Verbindlichkeiten nicht mehr dulden.

Bei genauer Betrachtung dieser öffentlichen Haushalts- und Finanzmarktveränderung,
stellt sich mir aktuell klar die Frage: Wie geht es weiter mit der Sparer-Null-Zins-Entwicklung?

Zinsen, die dem Sparer fehlen, dazu langfristig in der Altersvorsorge und Rentenkasse.
Bitte sagen Sie mir dazu Ihre Meinung, für jedes sachliche Feedback, Danke, Klasse.

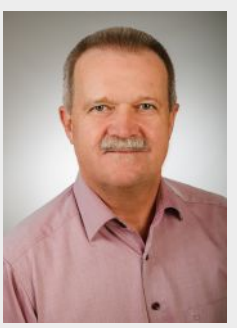
Hier schließt sich haushaltsrechtlich im Dialog mit dem Kämmerer wieder der Kreis
DIE Frage ist: Sollen wir Schulden tilgen? Wenn's Kredite gibt, fast ohne Zinsen/Preis.

WIR FREIEN WÄHLER werden in Haushaltsberatungen weiter kritisch intervenieren
unser MOTTO lautet: Ohne neuen Schuldengipfel kontrolliert investieren!

WIR schaffen das

Ihr

Hartmut IGEL
Marktgemeinderat
FW - Fraktionssprecher



Die Freien Wähler Roßtal bedanken sich bei Fritz Wagner

Fritz Wagner verabschiedet sich im April 2020 vom Marktgemeinderat. Er tritt nicht mehr zur Wahl an. Er war seit 1990 durchgehend Mitglied des Marktgemeinderates Roßtal. Das ergeben insgesamt 30 Jahre ununterbrochene Marktratstätigkeit. In dieser Zeit begleitete er die verschiedensten ehrenamtlichen Positionen. Dem Haupt- und Finanzausschuss gehörte er ebenfalls von Anbeginn (1990) bis heute an. Im Bau- und Umweltausschuss wirkte er insgesamt 12 Jahre. Als berufsmäßiger Finanzspezialist arbeitete er natürlich auch im Rechnungsprüfungsausschuss mit und sitzt diesem auch seit 2018 vor. Von 2002 bis 2008 war er zweiter Bürgermeister unserer Gemeinde und ebenfalls von 2002 bis jetzt Referent für Bildungseinrichtungen und Kultur. Nicht zu vergessen seine etwa 12-jährige Mitarbeit im Unterausschuss Agenda 21.

Im folgenden sollen tabellarisch einige weitere Ämter, die er während seiner 30-jährigen Zeit als Marktgemeinderat begleitet hat, aufgeführt werden:

Beirat im Wasserzweckverband Großweismannsdorf
Beirat im Zweckverband der Sing- und Musikschule südlicher Landkreis Fürth
Beirat der Volkshochschule Roßtal
Beirat im Heimatverein Roßtal
Verbindungsmann des Musikzugs Roßtal zur Marktgemeinde Roßtal

Er ist Kirchenpfleger, Mitglied des Kirchenvorstands der evang. luth. Kirche Roßtals und er ist Vorstandsmitglied der Flur- und Dorferneuerung Buttendorf. Hinzu kommt, dass er noch in vielen anderen Roßtaler Vereinen Mitglied ist.

Seine Naturverbundenheit führten weiterhin zu Mitgliedschaften im Bauernverband, in der Forstbetriebsgemeinschaft und in der Teichgemeinschaft Cadolzburg. Zu seinen Tätigkeiten in der Roßtaler Kommunalpolitik kommt noch seine ehrenamtliche Mitwirkung im Landkreis Fürth hinzu. Er ist seit 2002 bis heute Mitglied des Kreistages. Das sind immerhin insgesamt 18 Jahre. Auch dort begleitete er eine Reihe von zusätzlichen Ämtern. Dazu gehören 18 Jahre Bauausschuss und 12 Jahre Mitarbeit im Rechnungsprüfungsausschuss des Landkreises Fürth.

Sein Abschied bezieht sich nur auf die 30-jährige Arbeit im Marktgemeinderat. Dort hat er sich die ganze Zeit über außergewöhnlich engagiert und zusammen mit den jeweiligen Kolleginnen und Kollegen des Marktgemeinderats vieles für Roßtal bewegt.

Für die Wahl zum neuen Kreistag am 15.3.2020 steht er auch weiterhin zur Verfügung. In der Kandidatenliste von insgesamt 60 Bewerbern kandidiert er auf Platz 6, was eine gute Ausgangsposition für eine Wiederwahl ist, so dass er dort unsere Roßtaler Positionen auch weiterhin vertreten kann.

Nicht zu vergessen ist seine interne Tätigkeit bei den Freien Wählern Roßtal. Er ist von Anfang an dabei und war über 20 Jahre bis 2008 auch Vorsitzender der Freien Wähler Roßtal. Seine Arbeit hat uns in dieser Zeit stark geprägt

Wir möchten ihm hiermit für seine vielfältigen geleisteten ehrenamtlichen Tätigkeiten unseren aufrichtigen Dank aussprechen. Sein ehrenamtliches Engagement für die Allgemeinheit umfasst eine kaum zählbare Anzahl von Stunden, die von seiner Freizeit abgingen. Aber die Kommunalpolitik ist auch das, was ihm immer Freude bereitet hat. Da dies nur ein Teilabschied ist, hoffen wir auch weiterhin auf seinen Rat in den vielfältigsten Bereichen der Kommunalpolitik.

Freie Wähler Roßtal e.V.
Prof. Dr. Walter Zägelein
1. Vorsitzender

Unsere Kandidaten für den Kreistag

Der eine oder die andere von Ihnen erinnert sich vielleicht noch an die Gebietsreform aus den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Unser Landkreis war seinerzeit besonders betroffen. Im Rahmen dieser Reform kamen die Gemeinden Boxdorf, Großgründlach und Neunhof zur kreisfreien Stadt Nürnberg, während die Gemeinden Sack, Stadeln und Vach zur kreisfreien Stadt Fürth kamen.

Da der Landkreis damit zum flächenmäßig kleinsten Landkreis in Bayern wurde, war eine Aufteilung des restlichen Gebiets auf die Nachbarlandkreise Ansbach und Neustadt an der Aisch sowie auf die Stadt Nürnberg in der Diskussion. Diese Gedanken wurden aber Gott sei Dank verworfen. Als Ausgleich für den Verlust der landwirtschaftlich geprägten und wirtschaftsstarken Gemeinden im Norden erhielt der Landkreis Fürth die Stadt Stein vom damaligen Landkreis Nürnberg sowie die Gemeinde Wilhermsdorf vom Landkreis Neustadt an der Aisch.

Der Landkreis Fürth ist in seiner jetzigen Form mit einer Fläche von 308 Quadratkilometern der kleinste unter den 71 bayerischen Landkreisen. Zur Zeit leben im Landkreis Fürth über 116.000 Menschen in 14 Städten und Gemeinden. Er ist durch seine noch günstigen Baulandpreise und zahlreichen Freizeiteinrichtungen inzwischen zu einem besonders interessanten Wohngebiet geworden.

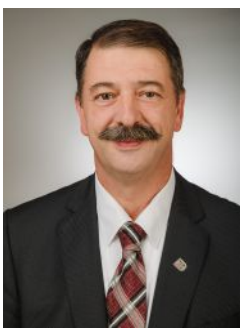
Der Kreistag ist in einem Landkreis das Organ der kommunalen Selbstverwaltung. Er entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten des Landkreises und kann Grundsätze für die Verwaltung des Landkreises festlegen. Der Landrat leitet die Sitzungen des Kreistages, nimmt die Vertretung des Kreises bzw. Landkreises wahr, führt die Beschlüsse des Kreistages aus und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Am 15.3.2020 wird wieder der Landrat und die Besetzung des Kreistages neu gewählt. Für den Kreistag werden wieder 60 Personen aus dem gesamten Landkreis Fürth gesucht. Die Freien Wähler Roßtal stellen dabei fünf Kandidaten auf der Liste der Freien Wähler des Landkreises Fürth.

In der letzten Wahlperiode haben Friedrich Wagner und Hans-Günther Fischhaber aus Roßtal unsere Interessen im Kreistag vertreten. Zur angemessenen Berücksichtigung der Roßtaler Belange und des gesamten südlichen Landkreises ist dringend eine weitere Verstärkung aus Roßtal erforderlich. Auf den Listenplätzen 6 bis 52 stehen Ihnen hierfür folgende Kandidaten der Freien Wähler Roßtal zur Wahl:

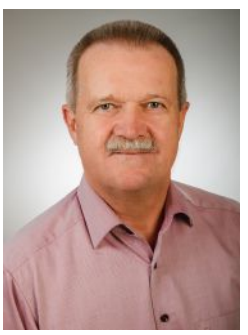
Friedrich Wagner

Marktgemeinderat
Kreisrat



Hans-Günther Fischhaber

Marktgemeinderat
Kreisrat



Hartmut Igel

Marktgemeinderat

Pierre Lang

Prof. Dr. Walter Zägelein

Marktgemeinderat

Nähere Informationen zu unseren Kandidaten finden sie in unserer Broschüre vom November 2019 oder im Internet auf der Seite www.fw-rosstal.de. Auf unseren Internetseiten können Sie u.a. auch die oben angesprochene Broschüre im PDF-Format herunterladen.

FREIE WÄHLER

Die Freien Wähler stellen sich vor

Wir möchten uns Ihnen gerne vorstellen.

Dazu kommen wir, Ihr Bürgermeisterkandidat **Herbert Schreiber** und sein Team auch in Ihre Nähe.

An insgesamt 10 Abenden würden wir gerne ab Januar 2020 über unsere Ziele und im gemeinsamen Gespräch mit Ihnen über die weitere Zukunft von Roßtal diskutieren.

Januar 2020

Freitag, 24.01.2020, 19.00 Uhr, Roßtal
Gasthof Kapellenhof, Fürther Straße 10

Mittwoch, 29.01.2020, 19.00 Uhr, Oedenreuth
Gasthof Kressenhof, Am Dorfplatz 3

Freitag, 31.01.2020, 19.009 Uhr, Raitersaich
Gasthaus Witt, Müncherlbacher Str. 13

Februar 2020

Montag, 03.02.2020, 19.00 Uhr, Weitersdorf
Zum Dorfbrunnen, Weitersdorfer Hauptstr. 37

Donnerstag, 06.02.2020, 19.00 Uhr, Defersdorf
Pizzeria Trattoria bei Vito, Ortsstr. 5

Mittwoch, 12.02.2020, 19.00 Uhr, Buttendorf
Feuerwehr- und Gemeinschaftshaus Buttendorf

Montag, 17.02.2020,19.00 Uhr, Großweismannsdorf
Gasthof zur Post, Ansbacher Str. 32

Donnerstag, 27.02.2020, 19.00 Uhr, Neuses
Feuerwehrgerätehaus Neuses, Am Muselbach 11

März 2020

Montag, 02.03.2020, 19.00 Uhr Buchschwabach
Gasthof Rotes Roß, Buchschwabacher Hauptstr. 37

Freitag, 06.03.2020, 19.00 Uhr, Clarsbach
Gasthof zum Wiesengrund, Brünster Str. 9

Ein paar erläuternde Sätze zu den Freien Wählern

von Prof. Dr. Walter Zägelein

Die Freien Wähler haben sich erst nach dem 2. Weltkrieg entwickelt. Das hauptsächliche Interessengebiet dieser meist als eingetragene Vereine (e.V.) neu gebildeten Wählergruppen galt und gilt bis heute ausschließlich kommunalen Problemstellungen. Auch wenn sich durch den Einzug in den Landtag die politischen Aufgaben sichtlich erweitert haben, so sind die Basis der Freien Wähler nach wie vor die jeweils unabhängigen Ortsvereine. Unsere Struktur ist prinzipiell von unten nach oben gerichtet.

So sind auch wir, die Freien Wähler Roßtal e.V. ebenfalls ein in Vereinsform gebildeter Zusammenschluss von Roßtalerinnen und Roßtalern, die ihren Heimatort weiterentwickeln möchten. Für uns sind alle Fragen in erster Linie Sachfragen, die zum Wohle der Allgemeinheit gelöst werden müssen. Dazu bedarf es einer vorurteilsfreien und uneigennützigen Diskussion ohne ideologische Scheuklappen und sachfremder Einflüsse. Hierzu ist eine umfassende Information über die Dinge, Sachkenntnis und gegebenenfalls die Beteiligung von unabhängigen Fachleuten notwendig. Weiterhin sind die Offenheit für den betroffenen und interessierten Bürger, sowie ein chancengleicher Wettbewerb für Ideen und Konzepte eine Selbstverständlichkeit. Ideologisch festgelegte Parteiprogramme sind bei den Entscheidungen vor Ort aus unserer Sicht eher hinderlich.

Einzelne Wählergemeinschaften treffen unabhängig ihre politischen Entscheidungen, die von Gemeinde zu Gemeinde zwangsläufig variieren können. Gemeindepolitik ist für die Freien Wähler eine absolut ideologiefreie Sachpolitik und sollte auch als solche erhalten bleiben. Kindergärten, Straßen, Sport, Kultur und Vereine gehören hier ebenso zu den Themen wie Einkaufen, Verkehrsanbindung, Gewerbeentwicklung, Natur und Umwelt und vieles andere mehr.

Der Grundsatz der sparsamen und verantwortungsvollen Haushaltsführung begleitet dabei als Maxime die Freien Wähler bei ihren finanzpolitischen Entscheidungen. Transparenz in der Politik und die Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen stehen dabei stets im Vordergrund. Die Freien Wähler sind traditionell, wenn es um die Erhaltung bewährter Lebensformen und Werte geht, und kreativ, fortschrittlich, wenn es sich um die Schaffung zeitgemäßer und zukunftsorientierter Bereiche handelt. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Toleranz gegenüber Andersdenkenden ist eine selbstverständliche Grundhaltung der Freien Wähler.

Auch wenn die Freien Wähler sehr dezentral in ihren Heimatorten wirken, sind sie alles andere als eine Splittergruppe. Knapp 40 Prozent aller Gemeinde- und Stadträte sind parteifrei und jeder dritte Bürgermeister ist ein "Freier". Sie bilden in Bayern eine starke kommunalpolitische Kraft.

Wir haben für 2020 einen höchst kompetenten Bürgermeisterkandidaten und ein sehr starkes Team für den Roßtaler Marktgemeinderat aufgestellt. Es handelt sich dabei um Menschen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, für andere da sein wollen und ihre Entscheidungen an sozialen und christlichen Grundsätzen messen. Freie Wähler sind gemäß ihrem selbst auferlegten Grundsatz absolut frei und unabhängig von Interessengruppen.

Herzlichst

Ihr Dr. Walter Zägelein

Marktgemeinderat

1. Vorsitzender
Freie Wähler Roßtal e.V.

WIR PACKEN´S AN - HIER UND JETZT

Lösungsorientiert - Kompetent - Nachhaltig

FREIE WÄHLER

Bayerns starke Mitte.

Die Kommunalpolitiker.

Unser Bürgermeisterkandidat

Herbert Schreiber

Unser Team für den Marktgemeinderat

Herbert Schreiber

Bürgermeisterkandidat

Prof. Dr. Walter Zägelein

Marktgemeinderat

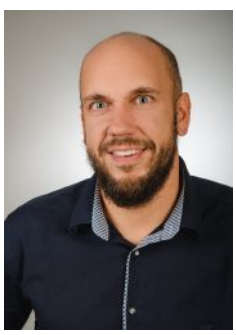
Jochen Adel

Marktgemeinderat

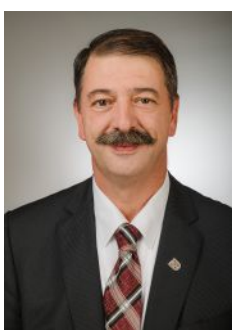
Pierre Lang

Hartmut Igel

Marktgemeinderat

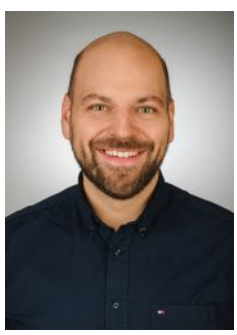


Markus Scheiderer



Hans-Günther Fischhaber

Marktgemeinderat
Kreisrat



Martin John

Renate Kleindl

Klaus Grieninger

Fabienne Lang

Jörg Dürrbeck

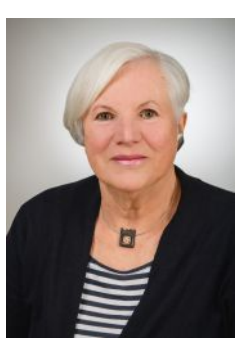
Michaela Genzel

Hans Stühler

Melanie Werthner

Eber Urzeda dos Santos

Thomas Strickroth



Christa Mickain

Peter Woityschyn

Ursula Langer

Weitere Informationen zu unseren Kandidatinnen und Kandidaten finden Sie unter www.fw-rosstal.de